



ENERGIEKRISE IN EUROPA:

Versorgungssicherheit
durch Vernetzung

KONJUNKTUR:

Belastungsfaktoren
trüben die
Erwartungen

WIRTSCHAFT & POLITIK:

Präzisierungen im
neuen Standort-
förderungsprogramm
nötig

IHK facts

Das Wirtschaftsmagazin Nr. 3/2022



IHK
St.Gallen
Appenzell



Der neue Stil für Ihr Bad

Sanitas Troesch AG
Simonstrasse 5
9016 St. Gallen
Tel. +41 71 282 55 55
sanitastroesch.ch

Sanitas Troesch AG
Bafflesstrasse 15b
9450 Altstätten
Tel. +41 71 282 55 31
sanitastroesch.ch

Sanitas Troesch AG
St. Gallerstrasse 74
9500 Wil
Tel. +41 71 282 55 01
sanitastroesch.ch

Bad. Küche. Leben.

**SANITAS
TROESCH**

Appenzeller Druckerei

D' Buude khööt nüd gad em Chef.

Bei der Appenzeller Druckerei steht das Wohl aller Menschen im Mittelpunkt. Seit über 145 Jahren stehen Arbeitsplatzsicherheit, Stabilität und Nachhaltigkeit vor der Gewinnmaximierung.

Zomi Wohl

Meh öbe d' Gnosseschaft
ond wiiteri Theme onde
zomiwohl.ch



Liebe Leserin, lieber Leser

Für Ostschweizer Unternehmen war das Umfeld selten so herausfordernd: Aus den massgeblichen Einschränkungen der Pandemiebekämpfung haben wir uns zwar mühselig weitestgehend befreit, geliebt sind aber schmerzliche Lieferkettenunterbrüche. Inzwischen wird Europa von einem Krieg erschüttert – gefolgt sind Preisanstiege für Rohstoffe, Halb- sowie Fertigfabrikate, nun für Energie. Wenig erstaunlich steigen Inflation und Zinsen. In der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt ist der Schweizer Franken gegen den Euro weiter erstarkt, die Parität ist durchbrochen. Über alledem kreist die Sorge um einen Energieengpass im kommenden Winter, ja gar in den kommenden Wintern. Eine maximale Anzahl an Unabwägbarkeiten, speziell für eine international eng vernetzte Volkswirtschaft wie die Schweiz.

Antworten darauf haben zuvorderst die Verantwortlichen in den Unternehmen zu finden, wenn man sie lässt – aber nicht nur. Antworten in zentralen strategischen Dossiers hat auch die Politik zu finden, dafür ist sie gewählt. Alte Gewissheiten, welche dem Standort Schweiz in den vergangenen Jahrzehnten zum Erfolg verhalfen, werden aktuell durch die Geopolitik beinahe im Wochenrhythmus hinterfragt. Der strategische Kompass ist entsprechend zu justieren. Dies betrifft vorab die Aussenwirtschafts- und die Energiepolitik.

Beiden Themen haben wir aufgegriffen, vertieft und Forderungen aufgestellt. In der Europadebatte hat vorab der Bundesrat seine Führungsaufgabe wahrzunehmen und den bilateralen Weg als bisheriges Erfolgsrezept zu sichern. Kurzfristig ist eine Energiemangellage um jeden Preis zu verhindern – hierzu sind alle gefordert –, mittelfristig ist die Energieversorgungssicherheit zu stärken, im Inland sowie durch Kooperation mit dem angrenzenden Europa. Beide Dossiers hat die Politik in der Hand: Sachverstand ist gefragt, nicht Ideologie. Dazu mehr im vorliegenden IHKfacts.



Markus Bänziger
Direktor IHK St. Gallen-Appenzell



Markus Bänziger

Schluss mit Multihearing.

Mit easydoo müssen Sie
nicht jedem zuhören.

Gratis
ausprobieren!
easydoo.swiss



The easy way to organise

Energiekrise in Europa

Versorgungssicherheit durch Vernetzung

Schweiz – EU

Gedanken zum Verhältnis Schweiz – EU im Sommer 2022

Die Aussensicht: Alles nur ein Missverständnis?

Die Sicht der Unternehmen

Es herrscht grosse Verunsicherung – das ist Gift für jedes Unternehmen

Energiekrise in Europa

Bedeutung der europäischen Stromversorgung für die Schweiz

EcoOst Arena

Ostschweizer IHK erwarten rasche, klare Lösungen in der Energiepolitik

Konjunktur Kernregion Ostschweiz

Ostschweizer Wirtschaft weiterhin in guter Verfassung, Belastungsfaktoren trüben die Erwartungen

OECD-Mindeststeuer

Schweizer Steuersystem an neue Realitäten anpassen

Kanton St.Gallen

Präzisierungen im neuen Standortförderungsprogramm nötig

Einfach, schnell und kostenlos

Finden Sie die zu Ihrem Unternehmen passenden Nachhaltigkeitsstandards

Wirtschaftsbildung

Wir lassen junge Menschen Wirtschaft erleben

Jubiläums-Generalversammlung «555 Jahre IHK»

Ostschweizer Wirtschaft gestaltet die Zukunft

Handelssperren und Gesundheitszeugnisse

Die Pest führt 1680 in St.Gallen zu einer Handelskrise

Der Arbeitgeberverband Rheintal – Klaus Brammertz

Arbeitgeberverbände spielen eine zunehmend wichtigere Rolle

IHK-Neumitglied

Edorex AG

BLITZLICHT 06

SCHWERPUNKT 08

RESEARCH 24

WIRTSCHAFT UND POLITIK 28

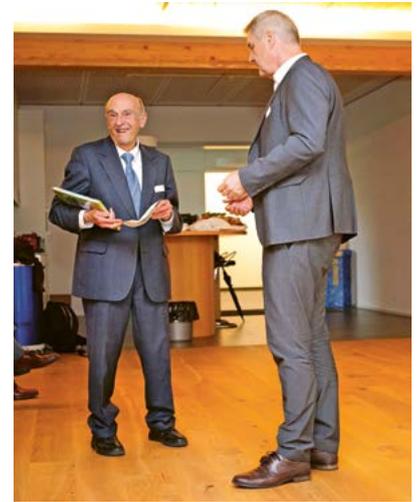
IHK 34

AKTUELLE FIRMENNEWS 44

AGENDA 46

Jubiläums-GV Industrie AR

Vor zwei Jahren wurde der Industrieverein Appenzell Ausserrhoden 75 Jahre alt. Am 6. Mai 2022 konnte nun endlich die Jubiläumshauptversammlung stattfinden, an der rund 120 Mitglieder teilnahmen. Gefeiert wurde bei der Blumer Techno Fenster AG in Waldstatt. Mit dabei war alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz, der in den 70er-Jahren der erste Geschäftsführer der Industriegemeinschaft war. Merz erzählte aus der Geschichte des Vereins und von seinen wichtigen Persönlichkeiten. IHK-Präsident Roland Ledergerber betonte die Bedeutung der Industrie für den Kanton Appenzell Ausserrhoden. Höhepunkt der Veranstaltung war ein virtueller Flug hin zu und über die Dächer der Industrieunternehmen des Kantons. Zudem wurden 13 Ausserrhoder Firmen ausgewählt, in deren Namen in Uruguay von einer Stiftung, die der Industrieverein unterstützt, Bäume gepflanzt werden. Mit der Aktion soll vermehrt auf die Energiegewinnung und die Nachhaltigkeit aufmerksam gemacht werden. Zu diesem Zweck fand am gleichen Tag wie das Jubiläum auch der 1. Energietag an der Volksschule statt, der vom Industrieverein gemeinsam mit dem Departement Bildung des Kantons Appenzell Ausserrhoden ins Leben gerufen wurde.



Preisverleihung IHK-Academy

Die IHK führte diesen Frühling eine Umfrage zu den Ausbildungsangeboten für KMU in der Region durch. Dabei wurden die Mitglieder zu ihren Weiterbildungsbedürfnissen und den Ausbildungsangeboten, die sie aktuell in Anspruch nehmen, befragt. Anhand der Ergebnisse können zukünftige Ausbildungsan-



gebote der IHK-Academy gestaltet werden. An der Umfrage nahmen Personen aus vielen unterschiedlichen Branchen und Positionen teil. Für die Teilnehmer der Umfrage gab es auch Preise zu gewinnen. Verlost wurden ein Besuch eines Heimspiels des FC St.Gallen und eine Übernachtung für zwei Personen auf der Schwägalp. Nun stehen die Gewinner fest! Die IHK gratuliert Peter Breitenmoser von der Schmobi AG zum Gewinn der Übernachtung und Andreas Scherrer von der Bächler Reinli + Spitzli AG zum Gewinn der Tickets und wünscht ihnen viel Vergnügen auf der Schwägalp oder beim Spiel.

collectID gewinnt Startfeld-Diamant

Im Juni wurde zum elften Mal der Startfeld-Diamant-Preis verliehen. Den ersten Platz belegte dieses Jahr das Goldacher Unternehmen collectID. Es durfte ein Preisgeld von Fr. 30'000 entgegennehmen. Das erst fünf Jahre alte IT-Start-up stellt Mikrochips für Sporttrikots her und ist im vergangenen Jahr mit seiner neuen Marke vinID auch in die Weinbranche eingestiegen. Der FC St.Gallen gehört zu den treuesten Kunden von collectID. Mittlerweile zählen auch US-amerikanische Eishockey- und südamerikanische Fussballclubs zur Kundschaft. Die Mikrochips funktionieren mit der sogenannten Near-Field-Communication-(NFC-)Technologie, die Informationen wie das Kaufdatum oder den Besitzer direkt ans Smartphone weiterleitet. Den Rohdiamanten und damit ein Preisgeld von Fr. 10'000 gewinnt die Geschäftsidee für einen Roboter, der Wasserrohre auf ihre Dichtheit prüfen kann, von Wirtschaftsingenieur-Studierenden der FH Ost mit dem Namen Fluidbot.



Forum Erreichbarkeit Metropolitanraum

International steht der Metropolitanraum Bodensee (MRB) im Wettbewerb um Ansiedlungen, Investitionen und qualifizierte Arbeitskräfte. Sichtbarkeit und ein klares Profil sind daher im Konzert der grossen europäischen Wirtschaftsräume – Metropolitanräume – von besonderer Bedeutung.

Deshalb verfolgen die Unterzeichnenden der Charta Metropolitanraum Bodensee gemeinsame Ziele und fordern unter anderem eine deutliche Verbesserung der überregionalen und innerregionalen verkehrlichen Erreichbarkeit als eine zentrale metropolitane Standortqualität.

Ein Hauptziel des Forums, das die IHK als Patronatspartnerin unterstützt, ist die Anerkennung der Region als Metropolitanraum. Die Bezeichnung ist ein entscheidender Faktor bei Investitionsentscheidungen und Unternehmensansiedlungen.

Zu diesem Anlass trafen sich am 8. April 2022 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung zum Forum Erreichbarkeit im Berufs- und Weiterbildungszentrum Buchs. Mit dabei waren auch Bundesrätin Karin Keller-Sutter und der österreichische Finanzminister Dr. Magnus Brunner, die die nationale Sicht erläuterten. Landesrat Marco Tittler und Regierungsrat Marc Mächler vertraten die regionale Perspektive des Landes Vorarlberg und des Kantons St.Gallen.

VRUS mit zwei Vertretern der IHK

An der diesjährigen Ostschweizer Verwaltungsratstagung VRUS am 20. Mai 2022 referierte IHK-Präsident Roland Ledergerber über die Hürden und Fallen im Wechsel von der operativen zur strategischen Ebene. Es folgten neben weiteren Inputreferaten drei spannende Podiumsdiskussionen zu den Themen «Zusammensetzung, Teambildung und Umgang mit Ressourcen», «Technologisches Umfeld» und «Unabhängigkeit, Mut und Risiko». Zudem sprachen Michael Aebisegger, Gemeindepräsident von Steinach, und der Gemeindepräsident von Tübach und Leiter der kantonalen Politik der IHK, Michael Götte, gemeinsam über die Stolpersteine in der Gemeindeführung.



Remo Wild neu in der Geschäftsleitung der IHK



Die IHK St.Gallen-Apenzell erweiterte per 1. Juli 2022 die Geschäftsleitung. Neben IHK-Direktor Markus Bänziger und Chefökonom Alessandro Sgro ist Remo Wild neu Teil des Führungsteams. Remo Wild arbeitet seit über sieben Jahren im Bereich Exportdienste und ist seit zwei Jahren verantwortlich für die Exportdienste der IHK St.Gallen-Apenzell. Die IHK wünscht Remo Wild weiterhin viel Freude und Erfolg.

Klaus Brammertz neuer AGV-Rheintal-Präsident

Klaus Brammertz, Verwaltungsrat der Bauwerk Group AG und IHK-Vorstandsmitglied, ist am 8. April einstimmig zum neuen Präsidenten des AGV Rheintal gewählt worden und hat das Amt von Brigitte Lüchinger übernommen. Brammertz bringt über zwölf Jahre wertvolle Erfahrung als CEO der Bauwerk Group in sein neues Amt ein. 2021 wechselte er in den Verwaltungsrat des Rheintaler Unternehmens. Die IHK gratuliert ihrem Vorstandsmitglied und wünscht Klaus Brammertz viel Erfolg bei seiner neuen Aufgabe.



SG-E-Award geht an Büchi Labortechnik

Büchi Labortechnik gewann den diesjährigen Export-Award von Switzerland Global Enterprise. Das Unternehmen mit Hauptsitz in Flawil produziert seit über 80 Jahren hochwertige Labor- und Prozesslösungen auf einem hohen Qualitätsniveau. Heute besitzt Büchi zusätzliche Fertigungsstätten in Deerfield im US-amerikanischen Bundesstaat Illinois und im indischen Surat. Büchi generiert 97 % seines Umsatzes im Ausland und ist weltweiter Marktführer für Rotationsverdampfer und zahlreiche weitere Laborprodukte. Das Ostschweizer Unternehmen konnte sich aufgrund seiner klaren Orientierung an Kernkompetenzen in Technologie und Anwendungen und mit seinem regionalen Marketing von der Konkurrenz abheben. Die IHK gratuliert ihrem Mitglied zum Sieg.



Energiekrise in Europa

Versorgungssicherheit durch Vernetzung



Markus Bänziger
Direktor IHK

Während sich tiefgreifende Umwälzungen in der Welthandelsordnung abzeichnen, verharrt die Schweiz in zentralen strategischen Fragen im Stillstand. Nach wie vor bleibt das Verhältnis zur wichtigsten Handelspartnerin, der EU, ungeklärt. Die Bedeutung dieser Beziehungen illustriert die Schweizer Energieversorgung.

Zwanzig Jahre nach Inkrafttreten der Bilateralen I steht die Schweiz erneut an einem Wendepunkt in der Europapolitik. Nach dem Verhandlungsabbruch beim institutionellen Abkommen führen Bern und Brüssel zwar erneut Gespräche. Bereits zeichnet sich jedoch ab: Die vom Bundesrat ins Feld geführten Gründe für den Abbruch dominieren unverändert die Debatte.

Durch Abwarten wird die sektoriell nahezu gleichberechtigte Binnenmarktteilnahme von zusehends mehr Branchen der Schweizer Wirtschaft der Vergangenheit angehören, auf absehbare Zeit. Verhandlungen zu neuen Abkommen im Interesse der Schweiz, etwa beim Strommarkt, sind blockiert. Längerfristig dürfte dies keine Alternative darstellen. Die Welt hat sich in den Jahren seit den Verhandlungen zu den Bilateralen I weitergedreht. Gerade die drohenden Energieversorgungsengpässe führen die gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten zum europäischen Ausland vor Augen.

Andere Vorzeichen als zur Jahrtausendwende

Während der letzten Jahrzehnte profitierte die Schweiz von der durch die WTO geprägten multilateralen Welthandelsordnung. Doch die Krisen der letzten Jahre könnten Ausgangspunkt für tiefgreifende Umwälzungen in der Welthandelsordnung sein: unzuverlässige und gestresste Lieferketten, neue Blockbildungen primär um die USA, die EU und China, damit einhergehend eine Renaissance protektionistischer und industriepolitischer Massnahmen. Dazu gesellen sich grundsätzliche Debatten über strategische Abhängigkeiten von autokratischen Ländern mit Verfügungsgewalt über Energie und Rohstoffe.

In der Summe werden diese Entwicklungen das Rad der Globalisierung nicht zurückdrehen, aber dessen Drehzahl absenken. Regionale Wirtschaftsabkommen werden an Bedeutung gewinnen. Bi- und plurilaterale Verhandlungen verdrängen die grossen WTO-Verhandlungsrunden des 20. Jahrhunderts. Womit die Bedeutung Europas für die Schweiz unweigerlich nochmals steigen wird, ob man dies wünscht oder nicht.

Die EU ist nicht mehr dieselbe wie im Juni 2002, beim Inkrafttreten der Bilateralen I. Anstelle von 15 stehen der Schweiz heute 27 Mitgliedstaaten gegenüber. Die Bedeutung der EU als wirtschaftspolitische Akteurin ist enorm. Finanz-, Migrations- oder Coronakrise, der Brexit sowie die russische Invasion in die Ukraine: Die unionale Bilanz der Krisenbewältigung mag durchgezogen sein. Festzustellen ist indes, dass keine dieser Krisen zur Auflösung der EU führte, sie eher noch weiteren Integrationsschritten den Weg bereiteten.

Unabhängig von Sympathie oder Antipathie zum europäischen Projekt, sollte sich die Schweiz darauf einstellen, dass die EU auf absehbare Zeit die dominante wirtschaftliche Akteurin in Europa bleiben wird. Das strategische Gewicht geregelter Wirtschaftsbeziehungen hat dabei aus Schweizer Sicht durch die jüngsten Entwicklungen eher noch zugenommen.

Autarkie als Illusion

Demgegenüber lassen Zeiten globaler Unsicherheiten nicht selten den Wunsch nach Unabhängigkeit und Eigenversorgung keimen, dafür liefert die aktuelle Energiekrise genügend Anschauungsunterricht. In einem rohstoffarmen Binnenland wie der Schweiz führt der Weg



über die Autarkieroute bei der Energie jedoch nicht zur Versorgungssicherheit, sondern in die Dunkelheit. Mindestens drei Aspekte der Schweizer Energieversorgung illustrieren dies:

Erstens wird die Energiewende zwar die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduzieren. Aber der Weg ist lang und beschwerlich. Derzeit stammen über 70 % der in der Schweiz genutzten Energie direkt aus dem Ausland (vgl. Grafik). Längerfristig bleiben Energieimporte selbst bei einem massiven Ausbau der inländischen Kapazitäten unumgänglich, sofern nicht blind auf Technologiesprünge vertraut werden soll.

Dazu kommt zweitens, dass das Schweizer Energienetz technisch engst in das europäische Verbundnetz integriert ist. Die enge Koordination der Schweizer Netzbetreiberin Swissgrid mit den europäischen Pendanten bleibt unverzichtbar (vgl. S 20).

Bei der Erdgasversorgung ist die Schweiz, drittens, zu 100 % vom Ausland abhängig, was auch im Falle kurzfristiger Mangellagen gilt. Eigene nennenswerte Gasspeicher sind keine vorhanden. Der Aufbau eigener Reserven und Pflichtlager ist notwendig. Für den bevorstehenden Winter kommen solche Forderungen jedoch zu spät, die Schweiz füllt ihre Lager in Frankreich und strebt ein Solidaritätsabkommen mit Deutschland an.

Eine unbequeme Wahrheit

Doch alle genannten Pfeiler der Schweizer Energieversorgungssicherheit – Importe, Netzstabilität und Solidarität der Nachbarstaaten – sind spröde:

- Die EU treibt die Vollendung des Strombinnenmarkts konsequent voran. In Zukunft werden 70 % der Grenzkapazitäten beim Strom für den Handel unter den Mitgliedstaaten reserviert sein, was die Importkapazitäten für die Schweiz auf einen Bruchteil des notwendigen Bedarfs beschneiden wird.
- Die Koordination von Swissgrid mit den europäischen Netzbetreibern ist zwar aktuell durch zeitlich befristete, privatrechtliche Verträge gewährleistet. Einer langfristigen, staatsvertraglichen Garantie ist dies keineswegs gleichzusetzen.
- Rechtliche Grundlage für ein Solidaritätsabkommen bei der Gasversorgung mit Deutschland ist das EU-Recht. Entsprechend muss sich ein solches Abkommen am europäischen Recht orientieren, wo sich Fragen in Bezug auf die Rolle des EuGH stellen.

Keine Teilnahme am Binnenmarkt, Ausschluss von europäischen Kooperationsinitiativen, unklare rechtliche Verhältnisse und der EuGH: Die Probleme sind altbekannt. Die Ursache ist die Absenz eines Stromabkommens mit der EU, und dieses fehlt aufgrund der unklaren Zukunft des bilateralen Wegs seit dem Verhandlungsabbruch beim

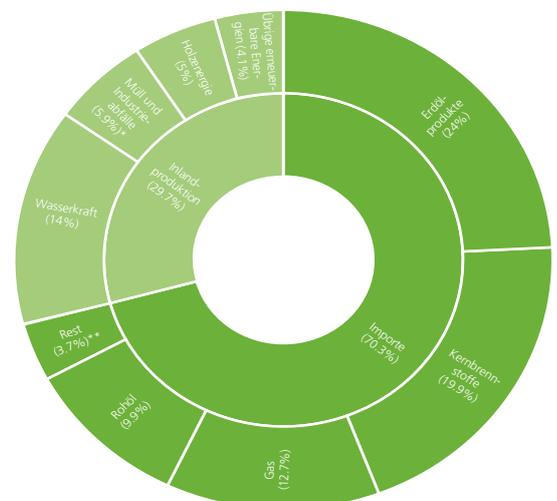
institutionellen Abkommen. Einmal mehr entsteht der Eindruck, dass die negativen Folgen mangelnder Rechtssicherheit in den Beziehungen zur EU zu wenig bedacht wurden – oder weshalb war es auf einmal Energieministerin Sommaruga, die im August an vorderster Front für eine Lösung mit der EU weibelte?

Versorgungssicherheit gewährleisten, bilateralen Weg stabilisieren

Der aktuelle Schwebzustand in den bilateralen Beziehungen ist, in Anbetracht der Bedeutung der EU, für die Schweiz keine gangbare Alternative. Für die IHK ist klar, dass der bilaterale Weg das bevorzugte Modell zur Schweizer Teilnahme am europäischen Binnenmarkt ist. Ansätze, welche dessen Stabilisierung und Weiterentwicklung ermöglichen, sind zu begrüßen. Längerfristig wird ein Strommarktabkommen ein wichtiger Pfeiler einer zuverlässigen Energieversorgung sein.

Ein Abkommen allein wird für die zukünftige Energieversorgung jedoch nicht ausreichend sein. Letztlich ist die Wahrung der Energieversorgungssicherheit unter Bewältigung der Energiewende und dem Erhalt der wirtschaftlichen Tragfähigkeit, dazu noch innert nützlicher Frist, eine gewaltige Herausforderung. Die richtige Lösung gibt es nicht, vielmehr braucht es ein Mosaik an Lösungsansätzen. Aus Sicht der Wirtschaft genießt dabei die Versorgungssicherheit oberste Priorität. Vorrangiges Ziel muss es sein, eine Energiemangellage zu verhindern, bevor sie überhaupt eintreffen kann.

Bruttoenergieverbrauch der Schweiz nach Energieträger, 2021



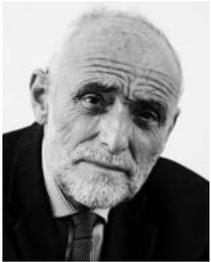
* primär für thermische Kraft- und Fernheizwerke

** erneuerbare Energie, Kohle und Zunahme der Lagerbestände von Erdölprodukten

Eigene Darstellung basierend auf BFE, Gesamtenergiestatistik 2021. Werte auf eine Nachkommastelle gerundet.

Schweiz – EU

Gedanken zum Verhältnis Schweiz – EU im Sommer 2022



Jakob Kellenberger
Ehem. Staatssekretär
und Chefunterhändler
bei den Bilateralen I

Vor 15 Monaten brach die Schweiz die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU-Kommission (EUK) ab. Die Verwunderung darüber war nicht gering, wollte doch die Schweiz nach dem Nein zum EWR unbedingt bilaterale Abkommen abschliessen, um die vermeintlichen und tatsächlichen Nachteile aus dem EWR auszuräumen oder mindestens zu mildern. Ziel des Rahmenabkommens, eines bilateralen Abkommens, war es, das bilaterale Beziehungsmodell zu festigen in einem Europa, dessen Zukunft mehr als je durch die EU bestimmt ist und sein wird, mit Wandlungspotenzial. Das Rahmenabkommen sollte die institutionelle Voraussetzung für eine Erweiterung des Netzes bilateralen Abkommen schaffen. Es ist folglich widersprüchlich, sich für die bilaterale Beziehungsgestaltung und gegen das Rahmenabkommen auszusprechen.

Die tatsächlichen Beweggründe für den ungewöhnlichen Verhandlungsabbruch im Mai 2021 sind mir auch heute nicht klar. Waren es die zwei verbliebenen Meinungsverschiedenheiten zum Lohn- und Arbeitnehmerschutz und zur Unionsbürgerrichtlinie? Erklärungsbedürftige Gründe für einen solchen politischen Schritt. War es, so meine unabwiesbare Vermutung, die Angst vor einer überschätzten innenpolitischen Auseinandersetzung am falschen Gegenstand? Der falsche Gegenstand wäre der Streitbeilegungsmechanismus gewesen, der auch bei genauestem Hinsehen keine

Die Gründe für den Abbruch der Verhandlungen über ein Rahmenabkommen sind trotz einiger Meinungsverschiedenheiten auch heute nicht nachvollziehbar. In der Schweiz scheint die geografische Lage eine untergeordnete Rolle zu spielen, wenn es um das Verhältnis zur EU geht. In Anbetracht dessen überrascht es wenig, dass sich bis heute keine Lösung in den bilateralen Beziehungen abzeichnet.

souveränitätspolitischen Probleme stellt. Auch souveränitätspolitische Feinmechaniker sind sich darüber einig. Ich schreibe dies als einer, der vertraut ist mit der Fähigkeit gewisser Kreise, aus allem einen souveränitätspolitischen Funken herauszuschlagen. «Alles» ist allerdings ungenau. Wer erinnert sich nicht an den souveränitätspolitischen Kniefall der Schweiz vor den USA vor mehr als zehn Jahren? Das unantastbare Bankgeheimnis wurde innert Wochen aufgegeben, um einer Grossbank ein angeblich existenzgefährdendes Verfahren vor einem US-Gericht zu ersparen. Wo waren die Fundamentalisten? Hatten sie sich die Aussage eines zeitgenössischen Philosophen zu Herzen genommen, souverän sei, wer glaubwürdig zu drohen vermöge? So weit eine unter vielen wirklichkeitsbezogenen Souveränitätsbestimmungen. Die Lehre von 2009, und nicht nur von 2009: Bei innenpolitischer Windstille erfundene Souveränitätssorgen wiegen leicht, wenn handfeste wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen und der «Partner» einer ist, der wenig Neigung zeigt, über einen Begriff aus dem 16. Jahrhundert und die Änderung seines Stellenwertes seither zu diskutieren. Mit der Schweiz nicht unvergleichbare, sehr souveränitätsbewusste Staaten wie die Niederlande oder Schweden haben mit der EU-Mitgliedschaft ihre Souveränität, die sie auf gewissen Gebieten mit 25 anderen europäischen Staaten teilen, noch gestärkt.

Ich nahm in den letzten 15 Monaten keine entschlossene und starke politische Bewe-

gung wahr, die sich für eine bestimmte Form der Weitergestaltung der Beziehungen zur EU einsetzte. Wir kennen aus innenpolitischen Stellungnahmen von Bundesräten den Wunsch, weitere bilaterale Abkommen abzuschliessen und institutionelle Fragen erst am Schluss zu behandeln. Die spätestmögliche Behandlung institutioneller Fragen erscheint als Kernstück bundesrätlicher Stellungnahmen. Sind diese Gedankenspiele für die unverbindliche landesinterne Unterhaltung bestimmt oder soll mit ihnen die EU-Haltung ohne offiziellen Vorschlag getestet werden? Wieweit diese Spiele auch auf informeller technischer Ebene gespielt werden, ist dem Schreibenden unklar, scheint ihm aber aus folgendem Grund unwahrscheinlich. Die EU hat ihre nach dem Mai 2021 eingenommene Haltung nicht verändert: keine neuen Marktzutritts- und Zusammenarbeitsabkommen vor einer Lösung der institutionellen Fragen. Verstehen eigentlich alle dasselbe unter diesen institutionellen Fragen?

Die Expertengespräche auf hoher Beamtenebene geben wenig Auskunft über die Richtung der Sondierungen, wobei es nicht ungewohnt ist, dass über den Verlauf solcher Gespräche wenig an die Öffentlichkeit dringt. Inhalt und Verlauf der Gespräche scheinen eine breitere Öffentlichkeit zudem gar nicht besonders zu interessieren. Unverständlich ist das nicht: Erstens hat der Ausstieg vom Mai 2021 bisher keinen für weitere Kreise fühlbaren Schaden angerichtet, zweitens hatte die EU in uns nie die Bedeutung der EU um uns,



im Unterschied zu anderen europäischen Staaten. Eine solche Situation kann zu Wahrnehmungsstörungen bei der Aussenwelt führen. Die sonst im Land anerkannte Fähigkeit des Kartenlesens versagt vor dem Blick auf die Europakarte. Die zentrale Lage der Schweiz in Europa und die Bedeutung dieser Lage scheinen keine wesentliche Rolle in der politischen Lagebeurteilung zu spielen, vielleicht auch aus Mangel an Vorstellungskraft.

Es gibt Grund zur Annahme, dass die heutigen Beziehungen zur Schweiz die EU-Mitgliedstaaten und die EUK, von gelegentlichen Freundschaftskundgebungen abgesehen, nicht stärker beschäftigen als die Schweiz. Von Gröszenordnungen und den europapolitischen Herausforderungen her gesehen, ist dies nicht unverständlich.

Aufs Ganze gesehen, sind grosse Beziehungsstörungen ausgeblieben, aufs Ganze gesehen,

also nicht auf einzelne Abkommenswünsche bezogen. Vielleicht fehlt es auch deshalb an einer starken politischen Stimme für eine bestimmte Gestaltung der Beziehungen zur EU. Mit «on verra» ist die vorherrschende Stimmung vermutlich treffend eingefangen. Die Begriffe «Rahmenabkommen» und «institutionelles Abkommen» scheinen zunehmend als Unwörter angesehen zu werden. Sie mögen zu viel Nähe ausdrücken. An den anstehenden Herausforderungen ändert der Unterdrückungsversuch wenig.

Die Alternativen zu den im Mai 2021 abgebrochenen Verhandlungen, der Vollständigkeit halber: der EU-Beitritt, die Teilnahme am EWR (die echte souveränitätspolitische Probleme stellt), der jetzige Zustand, der sich bei namhaften Rechtsentwicklungen im binnemarktrelevanten Bereich verschlechtern kann, Rückfall auf das Freihandelsabkommen, der

das Ende der diskriminationsfreien, sektoriellen Teilnahme am EU-Binnenmarkt bedeutete. Der Rückfall schützt uns übrigens nicht vor dem Wunsch der EU, das Freihandelsabkommen zu überarbeiten. In der Revision könnten wir auf Probleme stossen, die uns aus den letzten Jahren bekannt anmuten.

Rahmenabkommen hin oder her: Die EU dürfte auf der Regelung der ihr wichtigen institutionellen Fragen schon allein deshalb bestehen, weil sie unliebsame Präzedenzfälle vermeiden will, die über Abkommen mit der Schweiz hinausgehen. Das bezieht sich insbesondere auf die Rolle des Europäischen Gerichtshofes mit Bezug auf das EU-Recht.

Zwischen Mai 2021 und heute ist wenig bis nichts in Richtung einer Annäherung geschehen. Die gleiche Feststellung in einem Jahr ist wahrscheinlich, auch wenn jedes Schrittlchen über Gebühr gefeiert wird.



Jakob Kellenberger war als Referent am letztjährigen Business Outlook «Schweiz – EU: Die Aussensicht» zu Gast, unter anderem mit EU-Botschafter Petros Mavromichalis. Ein Jahr später legt er im Rahmen dieser IHKfacts-Ausgabe erneut seine Gedanken zum Stand der Beziehungen Schweiz – EU dar.

Schweiz – EU

Die Aussensicht: Alles nur ein Missverständnis?



Dr. Georges Baur
Forschungsbeauftragter
Recht am Liechtenstein-
Institut

Am 26. Mai 2021 hat der Bundesrat entschieden, das Institutionelle Abkommen (InstA) nicht zu unterzeichnen. Was das weitere Vorgehen anbelangt, sieht die EU den Ball grundsätzlich im Schweizer Spielfeld. Allerdings wird sich die EU natürlich auch überlegen (müssen), wie sie sich unter den gegebenen Umständen der Schweiz gegenüber verhalten will. Schon seit längerer Zeit hat sie erklärt, dass die bilateralen Abkommen nur noch nachgeführt werden sollen, wo dies im Interesse der EU liegt. Dies wird sicherlich nicht zu einer raschen Kündigung der bilateralen Abkommen führen, aber mittelfristig ist eine «Erosion» der Teilnahme der Schweiz am europäischen Binnenmarkt zu erwarten bzw. schon im Gange: Die bilateralen Abkommen verlieren an Aktualität und die Homogenität, also gleiche Regeln im gleichen Raum, geht verloren.

Die Verhandlungspartner befinden sich heute in einer Sackgasse. Grund dafür ist sicher, dass die Schweiz im vergangenen Jahrzehnt die bilateralen Beziehungen und die Vor- und Nachteile eines institutionellen Abkommens in erster Linie mit sich selbst diskutiert hat. Die Bedürfnisse und Rahmenbedingungen der EU wurden dabei weitgehend ausser Acht gelassen. Schaut man sich dann die Verhandlungssituation auch von der Warte der EU aus an, so fällt auf, dass – zwar nicht nur, aber vorwiegend – die schweizerische Diskussion auf einigen Missverständnissen beruht.

Die Schweiz und die EU befinden sich heute in einer Sackgasse, wenn es um die zukünftige Ausgestaltung der Beziehungen geht. Ein Grund dafür ist, dass die Schweiz im letzten Jahrzehnt vor allem mit sich selbst diskutiert hat. Diese innenpolitische Diskussion basiert zudem auf einigen Missverständnissen.

Erstes Missverständnis: Alles ist verhandelbar

In ihrer Diskussion untereinander haben die Schweizer Interessenvertreter kaum je thematisiert, wie denn die Verhandlungsposition der EU aussieht, was deren «juristische Zwangsjacken» bzw. politische rote Linien sind. Im besten Fall wurde davon ausgegangen, dass für die EU alles verhandelbar sei, wenn sie

nur wolle. Dies ist aber keineswegs der Fall. Zunächst versteht sich die EU als Rechtsgemeinschaft: Recht braucht Institutionen, Recht schafft Sicherheit und letztlich eben etablierte Prinzipien, welche für alle in gleichem Masse gelten. Die EU kann nur im Rahmen des europäischen Rechts – d.h. der europäischen Verträge und des darauf aufbauenden «*acquis communautaire*» – handeln. Dies gilt





noch stärker für die EU-Kommission als «die Hüterin der Verträge», ausser in Bereichen, wo ihr ein politisches Ermessen ausdrücklich zugestanden wurde, beispielsweise bei Äquivalenzentscheidungen. Die Kompetenz, politisch zu handeln, steht ansonsten nur den Mitgliedstaaten zu. Daher ist das Handeln der EU-Kommission und des Auswärtigen Dienstes eng an rechtliche Vorgaben gebunden. In der Schweiz gilt demgegenüber der Primat des Politischen. Dies gilt im Allgemeinen auch für das Verständnis von Aussenpolitik und Aussenwirtschaft. Demgemäss ist grundsätzlich alles verhandelbar, sofern es nicht gegen Grundsätze der Bundesverfassung verstösst. Sodann trennt die EU scharf zwischen dem *Zugang* zu ihrem Markt und der *Teilnahme* am Binnenmarkt (Marktintegration). Ersteres geschieht in der Regel zwischen gleichberechtigten Partnern («auf Augenhöhe»). Dabei wird vereinbart, welchen Zugang man dem Partner gewährt und zu welchen Bedingungen. Es geht zumeist darum, Freihandel zu vereinbaren, und zwar nach den von der WTO vorgegebenen Standards und in einem gegen-

über anderen Staaten privilegierenden Mass («WTO+»). Es geht um Zugang zum jeweils anderen Markt, ohne die beiden Märkte zu fusionieren und gemeinsame Regeln für deren Funktionieren aufzustellen. Zwischen den Parteien gibt es normalerweise Streitbeilegungsverfahren, wobei dies politisch entscheidende Gremien, Schiedsgerichte oder beides sein können. Natürliche und juristische Personen können sich nur im Heimatstaat juristisch wehren.

Der zweite Fall liegt anders: Hier gewährt die EU einem Nichtmitglied die – ggf. teilweise, wie im Fall der Schweiz – Teilnahme an ihrem Binnenmarkt. Dabei gehen die nationalen Märkte der teilnehmenden Parteien weitgehend in einem gemeinsamen Markt auf; in diesem Fall im Binnenmarkt der EU, welche diesen regelt und überwacht. Der Binnenmarkt funktioniert nach gemeinsamen Regeln und untersteht gemeinsamen Institutionen, welche diese Regeln durchsetzen. Dabei können sich natürliche und juristische Personen auch bei diesen etwa gegen Diskriminierung oder Wettbewerbsschranken im Heimatstaat wehren.

Einige bilaterale Abkommen gewähren der Schweiz Teilnahme am EU-Binnenmarkt, sind also Binnenmarktabkommen, andere nicht. Das Freizügigkeitsabkommen oder das Luftverkehrsabkommen sind Beispiele für Binnenmarktabkommen. Dabei spielt eine allenfalls von der Schweiz gewählte Bezeichnung («Marktzugangsabkommen») keine Rolle.

Zweites Missverständnis: Bilaterale Abkommen als permanenter Königsweg

Die EU sah die bilateralen Abkommen immer als Provisorium, bis die Schweiz entweder den EWR dem Volk nochmals vorlegen oder der EU beitreten würde. Dabei verliess sich die verhandlungsführende EU-Kommission auf die öffentlichen Verlautbarungen des Bundesrats. Dieser hatte im Vorfeld der EWR-Abstimmung im Mai 1992 in Brüssel ein Beitritts-gesuch hinterlegt und damit den EWR als vorübergehende Etappe qualifiziert. 2006 bestätigte der Bundesrat den bilateralen Weg und schloss somit einen EWR-Beitritt implizit aus. Des Weiteren stufte er einen EU-Beitritt zur längerfristigen Option zurück. 2016 forderte das Parla-

ment den Bundesrat auf, das Beitritts-gesuch zurückzuziehen. Darauf teilte der Bundesrat der EU mit, das Gesuch «als zurückgezogen zu betrachten». Im Gegensatz zu Verlautbarungen in der Schweizer Presse, dass dieser Entscheidung ohne Folgen bleibe, hatten sich allerspätestens damit für die EU die Voraussetzungen, unter denen sie die bilateralen Abkommen geschlossen hatte, grundlegend geändert. Schon ab 2006 strebte sie mit der Schweiz einen institutionellen Rahmen für die Bereiche an, wo die Schweiz am Binnenmarkt teilnahm.

Drittes Missverständnis: Die EU hat keine Zugeständnisse gemacht

Schweizer Akteure haben immer wieder behauptet, die EU sei stur und habe keinerlei Zugeständnisse gemacht. Dies bezog sich hauptsächlich auf die drei sachlichen Hauptthemen «Unionsbürgerrichtlinie» (UBRL), «flankierende Massnahmen» (FlaM) und staatliche Beihilfen, teilweise auch auf die «dynamische Rechtsübernahme» sowie die Streitbeilegung und den EuGH als letzte Instanz für die Auslegung von EU-Recht.

Aus dem vorher Gesagten und ihrem Selbstverständnis als Rechtsgemeinschaft ergibt sich, dass die EU und die für sie und ihre Mitgliedstaaten handelnde EU-Kommission an gewisse rechtliche Bedingungen gebunden sind, die sie nicht einfach beiseiteschieben können.

So wie die EU gegen innen dafür sorgen muss, dass Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten gleich behandelt werden, muss sie gegen aussen sicherstellen, dass einerseits Nichtmitgliedstaaten nicht bessergestellt werden als Mitgliedstaaten und andererseits auch Nichtmitgliedstaaten untereinander nicht unterschiedlich behandelt werden, soweit die Abkommensbedingungen gleich oder zumindest vergleichbar sind. Erstens geht die Integration der EU und ihrer Mitgliedstaaten einer allfälligen Integration (Assoziation) von Nichtmitgliedstaaten vor. Zweitens muss die EU bzw. müssen die für sie handelnden Institutionen auch die Autonomie ihres Rechts und ihrer Beschlussfassung sicherstellen, d.h., Nichtmitgliedstaaten dürfen im Prinzip keinen Einfluss darauf haben. Drittens muss ein Gleichgewicht zwischen Rechten und Pflichten bestehen. Schliesslich muss die EU ihren



Georges Baur war als Referent am letztjährigen Business Outlook «Schweiz – EU: Die Aussensicht» zu Gast. Ein Jahr später legt er im Rahmen dieser IHKfacts-Ausgabe erneut seine Gedanken zum Stand der Beziehungen Schweiz – EU dar.

Binnenmarkt schützen. Dies tut sie, indem sie seine Integrität verteidigt, indem sie z.B. auf der Übernahme aller vier Freiheiten¹ besteht. Aus all dem ergeben sich wiederum fünf Elemente, welche üblicherweise in einem umfassenden Abkommen mit einem oder mehreren Nichtmitgliedstaaten enthalten sein müssen: (1) die dynamische Rechtsübernahme, (2) die homogene Rechtsauslegung, (3) eine Aufsichtsbehörde, (4) eine Gerichtsinstanz (für Vorlage- und Verletzungsverfahren) sowie (5) eine Regelung der Streitbeilegung.

Von diesen Grundsätzen ist die EU in erheblichem Masse abgewichen, um den Bedürfnissen der Schweiz entgegenzukommen: Im Gegensatz zu dem ansonsten von ihr konsequent vertretenen Prinzip verzichtete die EU gegenüber der Schweiz zunächst darauf, in der Anwendung des InstA auf alle vier Freiheiten zu bestehen. Sodann hat die EU im InstA-Entwurf auf die Aufsichtsbehörde samt Gerichtsinstanz verzichtet. Schliesslich hat sie in den erwähnten drei umstrittenen Sachthemen Zugeständnisse gemacht, die im Verhältnis zu ihren eigenen Mitgliedstaaten durchaus an die Grenze dessen gehen, was diese akzeptieren konnten. Insbesondere wurden die FlaM nicht grundsätzlich infrage gestellt, was sie auch hätte tun können.

Abkommensoptionen

Seit dem Scheitern der InstA-Verhandlungen werden wieder einmal alle möglichen Optionen als Ersatz genannt: vom EU-Beitritt bis zum *Status quo* und in Anlehnung an das Trade and Cooperation Agreement (TCA) zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich auch ein erneuertes Freihandelsabkommen. Die Diskussion in der Schweiz ist weitgehend bekannt und braucht hier nicht erläutert zu werden.

Zur Sicht der EU: Ein EU-Beitritt der Schweiz wäre natürlich – aus verschiedenen Gründen – hochwillkommen. Ebenso ein EWR-Beitritt. Diesen könnte die Schweiz jederzeit beantragen. Allerdings hätten bei Letzterem auch die anderen EFTA-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen noch ein Wörtchen mitzureden. Und deren Interesse besteht in erster Linie darin, das Funktionieren des EWR zu sichern. Für das bereits verhandelte bzw. ein neues institutionelles Abkommen steht laut EU die Tür weiterhin offen. Allerdings ist – wie vorhin erläutert – nicht mit einem Aufweichen der grundsätzlichen Rechtspositionen der EU zu rechnen. Der *Status quo*, also die bisherigen bilateralen Abkommen ohne institutionellen Rahmen weiterzuführen, ist für die EU keine Option. Das Freihandelsabkom-

men zu erweitern war bisher kein Thema. Wenn aber seitens der Schweiz in derselben Art wie vom Vereinigten Königreich klargestellt würde, dass aus Souveränitätsgründen die Bedingungen der EU für eine Beteiligung der Schweiz am Binnenmarkt nicht akzeptiert werden können, würde sich die EU möglicherweise darauf einlassen. Damit bestünde dann aber ein völlig anderer, weniger weitgehender Zugang zum Markt der EU als heute. Das TCA wäre das Vorbild. Die dort enthaltenen Bestimmungen, um ein «level playing field» – also gleiche Wettbewerbsbedingungen – sicherzustellen, sind jedoch viel umfassender als im FHA 1972 bzw. als sie im InstA-Entwurf vorgesehen waren: Die Schweiz müsste sich trotz fehlender Marktteilnahme an den regulatorischen Standards der EU orientieren, etwa beim Umweltschutz, im Sozialwesen oder bei Arbeitnehmer/-innenrechten.

Um eine Entscheidung kommt die Schweiz also nicht herum, und sei es, dass sie unter Inkaufnahme der Konsequenzen *entscheidet*, nichts zu tun.

¹ Die vier Freiheiten des europäischen Binnenmarkts umfassen die Freiheit von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen.

IHKtalk@HSG

Wirtschaft und Wissenschaft im Dialog

Jeden ersten Donnerstag im Monat
6. Oktober
3. November
1. Dezember



Mehr dazu auf unserer Webseite:
www.ihk.ch/ihktalkhsg-2022

Geschäfts- dokumente automatisiert austauschen.

Abacus E-Business/E-Commerce –
die Software für den elektronischen
Dokumentaustausch

Abacus Forum
E-Rechnung
05.10.2022
virtueller Event
jetzt anmelden
abacus.ch/foren



Ihr Nutzen mit Abacus E-Business/E-Commerce

Abacus E-Business gewährleistet einen medienbruchfreien und hochautomatisierten Datenaustausch mit Geschäftspartnern – rund um die Uhr, an sieben Tagen pro Woche.

Digitalisieren Sie mit Abacus E-Business die Prozesse mit Ihren Kunden und Lieferanten und profitieren Sie vom Anschluss an gängige Netzwerke für E-Dokumente. Dies ermöglicht den Versand und Empfang von elektronischen Dokumenten (EDI) inklusive E-Rechnungen. Dadurch profitieren Sie von den Möglichkeiten, Daten mit Ihren Geschäftspartnern papierlos elektronisch auszutauschen und automatisch zu verarbeiten.



Weitere Informationen finden Sie unter:
abacus.ch/e-business

SFS

Start klar

für deine Zukunft
sfs-lehre.ch

Die Sicht der Unternehmen

«Es herrscht grosse Verunsicherung – das ist Gift für jedes Unternehmen»



Adrian Rossi
Projektmitarbeiter IHK

Vor 15 Monaten brach der Bundesrat die Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen mit der EU ab. Seither ist unklar, wie es in den bilateralen Beziehungen weitergehen soll. Als Folge davon ist die Schweiz nicht mehr beim europäischen Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe assoziiert; erste Branchen wie die Medizintechnik müssen zusätzliche regulatorische Hürden im Handel mit der EU hinnehmen, andere werden folgen, etwa bald die Maschinenindustrie. Wie erlebt die Ostschweizer Industrie diese Situation im Geschäftsalltag? Wir haben eine Ostschweizer Unternehmerin und zwei Ostschweizer Unternehmer gefragt.

Markus Naegeli, CEO der Wicon AG

«Wicon bietet als integrierter Systemanbieter oder Outsourcing-Partner komplette Lösungen im Sondermaschinen- und Anlagenbau an: Entwicklung und Prozessmanagement, Beschaffung und Produktion, Montage und Inbetriebnahme. Zudem fertigen wir Prä-

zisionskomponenten an, als Einzelstück oder in vollautomatisierter Serienproduktion. Seit 2017 haben wir unseren Produktionsstandort in Andwil, nahe bei Gossau. Westeuropa, vor allem Deutschland, hat für uns einen hohen Stellenwert. Das gilt sowohl für den Export als

auch für den Bezug von Komponenten und Materialien. In diesem eingespielten Umfeld hatten wir bislang keine Probleme. Allerdings bereiten uns die absehbaren zunehmenden Handelshürden im Maschinenbau zunehmend Sorge. Der Schutz unserer Kundenbeziehungen ist für uns zentral. Deshalb verfolgen wir die europapolitische Diskussion zusammen mit unseren Kunden genau und bereiten uns, soweit möglich, auf künftige Entwicklungen vor. Insgesamt besteht aber eine grosse Unsicherheit und auch Ungewissheit, weil langfristig gesicherte Abkommen mit der EU fehlen. Das schadet dem Werkplatz Schweiz. Wir erwarten deshalb, dass die Politik für Klarheit und Sicherheit sorgt, die Gespräche und Verhandlungen mit der EU wieder aufnimmt und konkrete, belastbare Lösungen findet. Die Schweizer Wirtschaft braucht einen nachhaltig gesicherten, hindernisfreien Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Darauf sind wir als Arbeitgeber angewiesen.»



«Es braucht konkrete, belastbare Lösungen. Darauf sind wir als Arbeitgeber angewiesen.» Markus Naegeli, CEO der Wicon AG mit Sitz in Andwil.



Andrea Berlinger Schwyter, Inhaberin und VRP der Berlinger & Co. AG

«Berlinger produziert in Ganterschwil im Toggenburg vor allem zwei Produktgruppen: Ausrüstung für Dopingkontrollen sowie



«Die Frage bezüglich unserer Standortwahl tut schon weh.» Andrea Berlinger Schwyter, Inhaberin und Verwaltungsratspräsidentin der Berlinger & Co. AG mit Sitz in Ganterschwil.

Messgeräte zur Überwachung der Temperatur im Lieferkettenmanagement, zum Beispiel für Medikamente. 96 % des Umsatzes erwirtschaftet unsere Firma mit Exporten, davon geht die Hälfte in die EU. Wir wussten schon früh, dass für unsere Medizintechnikprodukte zusätzliche Hürden im Export kommen würden, und haben uns auch früh vorbereitet. Dennoch herrscht grosse Verunsicherung – und das ist Gift für jedes Unternehmen. Ein Beispiel: Unsere Temperaturmessgeräte würden wir künftig gerne in einem Mietmodell anbieten, was durch die Digitalisierung möglich wird und in diesem Geschäftsfeld die Nachhaltigkeit stärken würde. Doch das bedingt die regelmässige Ein- und Ausfuhr der vermieteten Geräte von den Kunden aus dem EU-Raum zu uns in die Schweiz. Aktuell sind wir unter Beizug externer Experten in Abklärung, wie wir dies einfach und reibungslos umsetzen können. Das bisherige Fazit: aus der Schweiz gar nicht. Uns wird nahegelegt,

in die EU zu wechseln. Zu den bereits bestehenden Hürden haben sich neue hinzugesellt. In der Summe ist nun alles viel zu kompliziert! Strategisch müssen wir uns nun ernsthaft fragen: Werden wir als Familienunternehmen in der sechsten Generation vielleicht die letzte sein, welche die Hauptproduktion in der Schweiz hat? Diese Frage tut weh. Zumal die gewaltige Entscheidung, vor der wir stehen, durch ungünstige Rahmenbedingungen für exportorientierte KMU verursacht wird. An die Politik kann ich deshalb nur appellieren: Gewinnen Sie das Vertrauen der Wirtschaft zurück. Gewinnen Sie das Vertrauen der EU zurück – und kehren Sie an den Verhandlungstisch zurück!»

Andrea Roth, CEO der Geobru gg AG

«Seit über 70 Jahren produziert die Geobru gg AG Schutznetze gegen Naturgefahren wie Steinschlag, Murgang und Lawinen. Die Hauptproduktion inklusive Forschung und Entwicklung befindet sich in Romanshorn, wo wir 180 Mitarbeiter beschäftigen. Dazu kommen weitere 200 Mitarbeiter an 20 Standorten, über alle Kontinente verteilt. Unsere Produkte vertreiben wir weltweit, doch der Heimmarkt befindet sich im Alpenraum. Somit sind, neben der Schweiz, Deutschland, Italien, Frankreich und Österreich entscheidend für unseren Erfolg.

In Europa haben wir mit Romanshorn nur eine Produktionsstätte – der europäische Markt wird also aus der Schweiz beliefert, und Geobru gg ist auf den entsprechenden Marktzugang und die Einhaltung von EU-Normen in der Produktion angewiesen. Hier hat Geobru gg aufgrund der europapolitischen Lage aber keine Einschränkungen. Wir mussten vor Jahren bereits einmal die Erfahrung machen, dass Schweizer Zertifikate für einige Monate nicht anerkannt wurden. Eine unschöne Zeit! Das lehrte uns: Man muss im-

mer einen Plan B haben. Seitdem lassen wir uns durch EU-Zulassungsstellen zertifizieren. Zudem haben wir Tochterfirmen in den wichtigsten europäischen Märkten.

Bei der Forschungszusammenarbeit merken wir hingegen Einschränkungen: Der Drittland-

status der Schweiz bei Horizon Europe erschwert den Zugang zu europäischen Forschungsprojekten, welche auch für Geobru gg wichtig sind. Hier riskieren wir eine schleichende Verschlechterung des Standorts Schweiz.»



«Man muss immer einen Plan B haben.» Andrea Roth, CEO der Geobru gg Group mit Sitz in Romanshorn.

IHK Business Outlook

Schweiz – EU: Wie weiter?

Am IHK Business Outlook vom 18. August diskutierten die beiden Industrie- und Handelskammern St.Gallen-Appenzell und Thurgau mit hochkarätigen Gästen, wie es in den bilateralen Beziehungen weitergehen soll. Bundesrat Guy Parmelin hielt eine Keynote zum Standpunkt der Landesregierung in der Europafrage. Fazit des Abends: Der aktuelle Schwebestand ist für alle Seiten unbefriedigend. Die beiden IHK fordern die Sicherung des bilateralen Wegs.

Rund 250 Gäste folgten der Einladung der IHK St.Gallen-Appenzell und der IHK Thurgau, um im ausgebuchten Pfalz Keller die Frage «Schweiz – EU: Wie weiter?» zu diskutieren. Neben Guy Parmelins Keynote sorgten Anna Stünzi, Präsidentin des aussenpolitischen Thinktanks foraus und Forschende an der Universität St.Gallen, Ständerat Beni Würth

und Publizist Gerhard Schwarz für ein hochdotiertes Podium, das von «Tagblatt»-Chefredaktor Stefan Schmid moderiert wurde. Aus Sicht der Unternehmen schätzten Andrea Berlinger und Andrea Roth die europapolitische Lage ein (vgl. S. 16).

IHK-Direktor Markus Bänziger bilanzierte im Schlusswort, dass die unklare europapolitische

Situation keine gangbare Alternative sei: «Aus Sicht der IHK St.Gallen-Appenzell und der IHK Thurgau ist der bisherige bilaterale Weg zeitnah zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Die anderen europapolitischen Optionen der Schweiz sind wenig überzeugend.»



IHK-Vademecum zu den bilateralen Beziehungen

Die EcoOst-Publikation «Wie weiter in der Europapolitik? Handlungsbedarf und Alternativen» gibt einen Überblick über die europapolitischen Optionen der Schweiz und leitet die gemeinsame Position der IHK St.Gallen-Appenzell und der IHK Thurgau her. Das Vademecum soll den Mitgliedern und einer interessierten Öffentlichkeit als Nachschlagewerk in diesem komplexen Dossier dienen und sie zu einer detaillierten Beschäftigung mit der europapolitischen Zukunft der Schweiz einladen.



Zur Publikation
www.ihk.ch/bilaterale-ein-massgeschneiderter-weg-für-die-schweiz





Videorückblick und weitere
Fotos auf [www.ihk.ch/
bewegung-im-eu-dossier](http://www.ihk.ch/bewegung-im-eu-dossier)

Energiekrise in Europa

Bedeutung der europäischen Stromversorgung für die Schweiz



Jörg Spicker
Doktor in Astrophysik,
Senior Strategic Advisor
bei Swissgrid

Für die Versorgungssicherheit der Schweiz ist die Vernetzung mit Europa unabdingbar. Durch den Stromaustausch über die Landesgrenzen können Stromengpässe in einzelnen Ländern überwunden und Überlastungen vermieden werden. Die Schweizer Netzstabilität, insbesondere die Netzfrequenz von 50 Hz, kann nur im europäischen Kontext gewährleistet werden. Doch dieses Erfolgsmodell ist zunehmend gefährdet.

Im Herzen Europas und dennoch ausgeschlossen

Zentral für die Situation der Schweiz ist die Lage in der EU. In wirtschaftlicher Hinsicht ist das Herzstück der Europäischen Union der gemeinsame Binnenmarkt. Die Vollendung des Binnenmarkts für Strom treibt die EU konsequent voran. In Zukunft soll der Strom europaweit diskriminierungsfrei gehandelt werden, womit die Versorgung nachhaltiger, preisgünstiger und sicherer wäre. Die Schweiz ist ohne Stromabkommen mit der EU von diesen Entwicklungen ausgeschlossen. Sie kann in EU-Gremien nur noch beschränkt mitwirken und die Interessen der Schweiz einbringen. In der Folge entfernen sich die EU-Regeln für den Netz- und Marktbetrieb immer weiter von den entsprechenden Schweizer Regularien. Das birgt Herausforderungen und Risiken sowohl für die Netzstabilität als auch für die Versorgungssicherheit der Schweiz. Diese werden voraussichtlich bis 2025 weiter zunehmen. Die weitere Optimierung der Marktkopplung (vgl. Textbox) in der EU sowie deren geografische Ausweitung nach Ost- und Südeuropa in den

kommenden Jahren bedeuten für die Schweiz zusätzliche Herausforderungen. Mit der vollständigen Umsetzung der sogenannten 70%-Regel ist eine Zunahme des Handels innerhalb der EU zu erwarten. Hierdurch werden die Übertragungsnetzbetreiber verpflichtet, mindestens 70 % der grenzüberschreitenden Netzkapazität dem Handel innerhalb der EU zur Verfügung zu stellen. Solange die Schweiz nicht adäquat in die entsprechenden Berechnungsprozesse einbezogen wird, ist eine massive Zunahme ungeplanter Stromflüsse durch die Schweiz zu erwarten. Das hat negative Auswirkungen auf die Netzstabilität und auf die Importfähigkeit im Winterhalbjahr.

Durch koordinierte Prozesse mit den EU-Übertragungsnetzbetreibern kann die Importfähigkeit der Schweiz verbessert werden. Swissgrid ist deshalb bestrebt, eine möglichst weitgehende Inklusion der Schweiz in die technischen Prozesse zu erreichen. Mit der Unterzeichnung eines Vertrages mit der Kapazitätsberechnungsregion «Italy North» (vgl. Textbox) im Dezember 2021 ist Swissgrid ein wichtiger Meilenstein gelungen, um die Situation zu-

mindest an der Südgrenze zu verbessern. Als «Technical Counterparty» wird Swissgrid dort nun in den Netzsicherheitsprozessen berücksichtigt. Die Vertragsverhandlungen mit der Region «CORE» gestalten sich aufgrund der Vielzahl an involvierten Akteuren und der weiter entwickelten Berechnungsverfahren deutlich komplexer. Diese privatrechtlichen Verträge zwischen Übertragungsnetzbetreibern stellen langfristig keinen adäquaten Ersatz für ein zwischenstaatliches Stromabkommen dar. Swissgrid stösst mit den Lösungen auf technischer Ebene an die Grenze ihrer Handlungsmöglichkeiten. Mit einem Stromabkommen wäre die Integration der Schweiz in alle Prozesse und in den europäischen Binnenmarkt für Strom vollumfänglich gewährleistet.

Keine Energiewende ohne leistungsstarkes Netz

Mit der Energiestrategie 2050 hat die Schweiz den Ausstieg aus der Kernenergie und die Förderung der erneuerbaren Energien beschlossen. Gelingt es jedoch trotz dieser Förderung nicht, die bei Ausschaltung der Kernkraftwerke wegfallende Kapazität zu ersetzen, ist die Schweiz in Zukunft auf noch grössere Stromimporte im Winter angewiesen. Diese sind aber ohne Stromabkommen gefährdet. Das ist auch der Politik bekannt und wurde im Bundesgesetz für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien teilweise berücksichtigt. Die darin vorgesehene Was-

Marktkopplung bezeichnet den Zusammenschluss oder eben die Kopplung der getrennten europäischen Märkte für den Handel von Energie und der dafür notwendigen Transportkapazitäten. Die Übertragungskapazität wird also im Handel schon in der verauktionierten Strommenge einberechnet. Die Marktkopplung wird in Zentralwesteuropa bereits seit 2015 eingesetzt. Sonst müssen in Europa die entsprechenden Energietransportkapazitäten im internationalen Handel bei den Übertragungsnetzbetreibern ersteigert werden.¹



Im Kanton Aargau wird 1958 der Grundstein für das europäische Verbundnetz gelegt. Heute ist die Teilnahme der Schweiz am europäischen Netz infrage gestellt. Bild, Swissgrid, 2019

serkraftreserve hat der Bundesrat nun vorgezogen. Sie soll bereits im kommenden Winter zur Verfügung stehen. Es ist vorgesehen, dass die Betreiber von Speicherwasserkraftwerken eine gewisse Menge Energie zurückhalten für den Fall, dass ein Mangel droht. Damit wird marktliche Produktionskapazität zwar in die kritischere Zeit im Winter verschoben, sie bringt aber nicht die benötigte zusätzliche Energie ins System. Es braucht also zusätzliche inländische Produktion insbesondere im Winter. Ein rascher Ausbau der inländischen Produktion kann nur erreicht werden, wenn die Verfahren beschleunigt werden – sowohl produktions- als auch netzseitig.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien stellt neue Anforderungen an das Stromnetz. Dieses wurde historisch auf grosse Erzeugungsanlagen ausgelegt. Durch den Ausbau der Solar- und Windenergie in ganz Europa wird die Energieproduktion dezentraler und volatiler. Das kann wiederum zu Engpässen im Übertragungsnetz führen. Die Modernisierung des Höchstspannungsnetzes ist deshalb der Schlüssel für das Gelingen der Energiestrategie 2050. Dem trägt Swissgrid mit dem «Strategischen Netz» Rechnung und legt im Bericht die nötigen Massnahmen zur Netzer-

weiterung transparent dar. Allerdings kommt die Umsetzung nicht immer gemäss Plan voran. Der notwendige Um- und Ausbau wird oft durch Einsparungen verzögert. Aktuell beträgt die Dauer vom Projektstart bis zur Inbetriebnahme durchschnittlich rund 15 Jahre. Daher müssen die Fristen der Sachplan- und Genehmigungsverfahren nicht nur eingehalten, sondern verkürzt werden, will die Schweiz die Energiewende erfolgreich meistern.

Die Kombination von fehlendem Stromabkommen, dem Ausbau von erneuerbaren Energien mit volatiler Produktion und schleppendem Netzausbau stellt für den Betrieb des Übertragungsnetzes eine Herausforderung dar. Durch den russisch-ukrainischen Krieg hat sich die Situation im Energiebereich weiter verschärft. Swissgrid schaut mit einer gewissen Besorgnis auf den kommenden Winter. Die Einschätzung der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (ElCom), wonach in Bezug auf die Versorgungssicherheit für den kommenden Winter Unsicherheiten bestehen, teilt Swissgrid. Die Übertragungsnetzbetreiberin arbeitet eng mit Partnern im In- und Ausland zusammen und setzt alles daran, ihren Beitrag an die sichere und zuverlässige Stromversorgung der Schweiz zu leisten.

1 Swissgrid (2015). Market Coupling. Abgerufen am 17. August 2022 von <https://www.swissgrid.ch/dam/swissgrid/operation/regulation/market/market-coupling-de.pdf>; Bundesnetzagentur (2022). Kopplung der europäischen Stromgrosshandelsmärkte/Berechnung gebotszonenübergreifender Übertragungskapazitäten. Abgerufen am 16. August 2022 von <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/HandelundVertrieb/EuropMarktkopplung/start.html>

Die Kapazitätsberechnungsregion «Italy North» umfasst die Grenzkapazitäten zwischen Italien, Österreich, Slowenien und Frankreich. Zu «CORE» gehören Deutschland, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Polen, Tschechien, Österreich, Ungarn, Slowenien, die Slowakei, Kroatien und Rumänien. Eine interaktive Übersicht über die verschiedenen Kapazitätsberechnungsregionen ist auf der Webseite der ENTSO-E verfügbar.



www.entsoe.eu/bites/ccr-map

EcoOst Arena

Ostschweizer IHK erwarten rasche, klare Lösungen in der Energiepolitik

Gross war das Interesse an der EcoOst-Arena der beiden Industrie- und Handelskammern Thurgau und St.Gallen-Appenzell vom 24. August 2022. Vor ausgebuchten Rängen in der Romanshorner Autobau-Erlebniswelt widmeten sich die Referenten und Podiumsgäste der Frage der Energiemangellage: Ist sie eine ernste Gefahr oder eine Drohbärde? Die beiden Wirtschaftsverbände legten dazu in einem Vademecum ihre Position dar.

Der Thurgauer IHK-Direktor Jérôme Müggler zeigte in seiner Begrüssung auf, wie aktuell das Thema tatsächlich ist. Wenige Stunden zuvor hatte der Bundesrat seine Grundsätze im Falle einer möglichen Gasmangellage in diesem Winter veröffentlicht. Darin findet auch der Begriff «Kontingentierung» seinen Platz. Die Energiemangellage wird damit zur ersten Gefahr.

Die schnellste Massnahme bleibt die Einsparung

In seinem Inputreferat ging Prof. Dr. Rolf Wüstenhagen von der Universität St.Gallen auf das Spannungsfeld zwischen der Energiesicherheit und dem Klimaschutz ein. Seine Einschätzung zum Synergiepotenzial zwischen diesen beiden Zielen brachte einen wichtigen Input für

die Themendiskussion. Die aktuelle Situation mit dem Krieg in der Ukraine, Kernkraftwerkausfällen in der französischen AKW-Flotte und der Trockenheit im Sommer habe uns vor Augen geführt, wie stark unsere Energieversorgung von anderen Ländern – und beim Gas von einem einzigen Land – abhängt. Langfristig sollte daher eine schnellere Dekar-



EcoOst-Vademecum «Versorgungssicherheit in Zeiten der Energiewende»

Die beiden Ostschweizer Wirtschaftsverbände vertiefen die vier Handlungsfelder in der EcoOst-Publikation «Versorgungssicherheit in Zeiten der Energiewende» und präsentieren einen umfassenden Massnahmenkatalog. Dazu gehören beispielsweise ein Auktionsverfahren für Grossverbraucher für den planbaren, freiwilligen Verzicht von Strom und Gas oder der Bau des bereits projektierten Laufwasserkraftwerks im Rheinabschnitt Sargans/Trübbach. Das Vademecum beleuchtet die Energieversorgung der Schweiz im europäischen Kontext. Mit Gastbeiträgen von Matthias Berthold von der FH Ost, Jörg Spicker von Swissgrid und

Daniela Decurtins vom Verband der Schweizerischen Gasindustrie bietet die Publikation einen umfassenden und fundierten Überblick über die Herausforderungen der Energiepolitik.



Zur Publikation
[www.ihk.ch/
vademecum-energie](http://www.ihk.ch/vademecum-energie)





bonisierung von Gebäuden, Verkehr und Strom angegangen werden. Kurzfristig helfen allerdings nur Massnahmen, welche auf dem Verhalten beruhen – also der Verzicht.

Ist die Mangellage eine Tatsache?

«Die Lage ist angespannt», hielt Stefano Garbin, CEO der St.Gallisch-Appenzellischen Kraftwerke SAK, fest. Ein haushälterischer Umgang mit der Energie in der Schweiz werde wichtiger. Auch Energie Kreuzlingen befindet sich in einer herausfordernden Situation. Direktor Guido Gross erklärte, dass der Energieversorger das Gas von den Stadtwerken Konstanz beziehe. Gute nachbarschaftliche Beziehungen seien daher von grosser Wichtigkeit. FDP-Nationalrätin Susanne Vinzenz-Stauffacher betonte, dass das fehlende Stromabkommen mit der EU die aktuelle Krisensituation noch verschärfe.

Neue Wege aus der Krise sind gefragt

Um aus der aktuell schwierigen Lage herauszufinden, wäre gemäss SVP-Ständerat Dr. Ja-

kob Stark ein nationaler Krisenstab angebracht. Gleichzeitig sollten neue Modelle, wie beispielsweise die gleitende Marktprämie, geprüft werden. Auch Franziska Ryser, Nationalrätin Grüne, sieht Potenzial in neuen Herangehensweisen. Ihr schwebt eine Auktionsplattform für planbare Verzichtsmassnahmen bei Unternehmen vor. Denn gerade beim Verbrauchermarkt sieht sie noch Einsparpotenzial.

Der Kanton St.Gallen könnte seine Winterlücke schliessen

Im IHKdirekt-Gespräch mit Markus Bänziger, Direktor der IHK St.Gallen-Appenzell, liess die St.Galler Baudirektorin Susanne Hartmann durchblicken, wie sich der Kanton auf die Mangellage vorbereitet. Neben kurzfristigen Massnahmen im Hinblick auf diesen Winter würden auf kantonaler Ebene auch längerfristige Sicherungsmassnahmen geprüft. So werden derzeit 17 Windkraftgebiete definiert, welche den Kanton mit genügend Winterenergie versorgen könnten – aber noch nicht im kommenden Winter. Denn bis zur Realisierung sind noch einige Hürden auf verschiedenen

Ebenen zu nehmen. «Es braucht auch auf Bundesebene Gesetzesanpassungen», hält die Mitte-Regierungsrätin fest.

Mangellage verhindern hat Priorität

Weder die aktuelle Energiestrategie noch ein nationaler Alleingang garantieren die Versorgungssicherheit. Daher identifizieren die IHK Thurgau und die IHK St.Gallen-Appenzell gemeinsam vier Handlungsfelder, in welchen deutliches Verbesserungspotenzial besteht. Kurzfristig müsse ganz klar das Verhindern einer Energiemangellage Priorität haben, hält Markus Bänziger fest. «Die Schweiz kann sich als Land der Sicherheiten eine Energiemangellage mit Kontingentierung oder gar rotierenden Netzabschaltungen schlichtweg nicht leisten.» Das Schadenspotenzial einer unzuverlässigen, lücken- oder mangelhaften Versorgung ist enorm. Politik, Gesellschaft und Wirtschaft müssen nun Hand in Hand arbeiten.

Mittel- bis langfristig muss mit Kostenwahrheit und einer Stärkung der Eigenverantwortung die Energieeffizienz erhöht werden. Auch gilt es das inländische Potenzial der erneuerbaren Energieträger besser auszuschöpfen, unter anderem durch die Reduktion administrativer Hürden.

Schliesslich muss die staatsvertragliche Kooperation mit dem Ausland wieder verbessert werden. Ohne Strommarktabkommen mit der EU fehlt die langfristige Garantie für die Schweizer Netzstabilität und zuverlässige Importe.



A Energiemangellage verhindern / Vorbereitungen für Notfall treffen

B Energieeffizienz verbessern / Transformation unterstützen

C Inlandpotenzial marktfähiger erneuerbarer Energieträger ausschöpfen / Speicherkapazitäten schaffen

D Auslandpotenzial marktfähiger erneuerbarer Energieträger stärken

← kurzfristig

→ langfristig



Videorückblick und weitere Fotos auf www.ihk.ch/ecoost-arena-2022

Konjunktur Kernregion Ostschweiz

Ostschweizer Wirtschaft weiterhin in guter Verfassung, Belastungsfaktoren trüben die Erwartungen



Alessandro Sgro
Chefökonom IHK

Die Ostschweizer Wirtschaft präsentiert sich weiterhin in guter und stabiler Verfassung. Externe Belastungsfaktoren, insbesondere potenzielle Energieengpässe, der starke Franken und die Inflation, nehmen allerdings zu. Für die kommenden Monate rechnen die Unternehmen branchenübergreifend deshalb mit einer Abkühlung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Ostschweizer Unternehmen beurteilen ihre Geschäftslage seit nunmehr eineinhalb Jahren mehrheitlich als gut bis sehr gut. Die Auftragslage ist vielversprechend, jedoch spricht das aktuelle Stimmungsbild der Ostschweizer Wirtschaft für zurückhaltende Erwartungen in den kommenden Monaten. Dies zeigt sich insbesondere im verarbeitenden Gewerbe. Die Ostschweizer Industrieunternehmen berichten derzeit von einer deutlich besseren Geschäftslage als in der Zeit vor der Coronapandemie. Entgegen der aktuellen Geschäftslage entwickeln sich die Erwartungen der Industrieunternehmen. Bezüglich Bestellungseingang, Vorprodukteinkauf und Produktion wird eine Abflachung erwartet. Die Lieferketten sind nach wie vor stark ausgelastet, insgesamt hat sich die Situation leicht verbessert. Dies ist einerseits auf zusätzliche Kapazitäten in der Transportbranche zurückzuführen, andererseits auf eine nachlassende globale Güternachfrage.

Die Ostschweizer Wirtschaft präsentiert sich stabil

Im Baugewerbe hat sich die Ertragslage, ausgehend von einem hohen Niveau, zuletzt leicht verschlechtert. Die Nachfrage dürfte sich im Baugewerbe gemäss Erwartungen der befragten Unternehmen in der Ostschweiz rückläufig entwickeln. Ein wesentlicher Treiber hierfür sind die gestiegenen Baupreise, sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau. Die steigenden Zinsen werden die Nachfrage mittelfristig dämpfen, vorerst wird dies noch nicht zu spüren sein. Preisbereinigt haben sich die Umsätze zuletzt konstant entwickelt. Für die nächsten Monate äussern sich

die Detailhändler mehrheitlich verhalten optimistisch, wobei insbesondere die Erwartungen für den Lebensmittelbereich stützend wirken. Das Gastgewerbe zeigt sich, über zahlreiche Indikatoren hinweg betrachtet, in einem sehr positiven Zustand. Die Ostschweizer Hotellerie vermeldete zuletzt mehr Logiernächte als noch vor der Pandemie. Neben dem anhaltend hohen Inlandtourismus sind auch wieder vermehrt ausländische Gäste anzutreffen. Es ist jedoch eine Abflachung des Aufschwungs zu erwarten, begründet durch eine erwartete sinkende Nachfrage- und Absatzentwicklung der Unternehmen.

Die Finanz- und Versicherungsdienstleister beurteilen ihre Geschäftslage derweil als gut, die Grosshändler gar als sehr gut. In beiden Branchen wird aber mit einer Eintrübung gerechnet.

Belastungsfaktoren trüben die Erwartungen

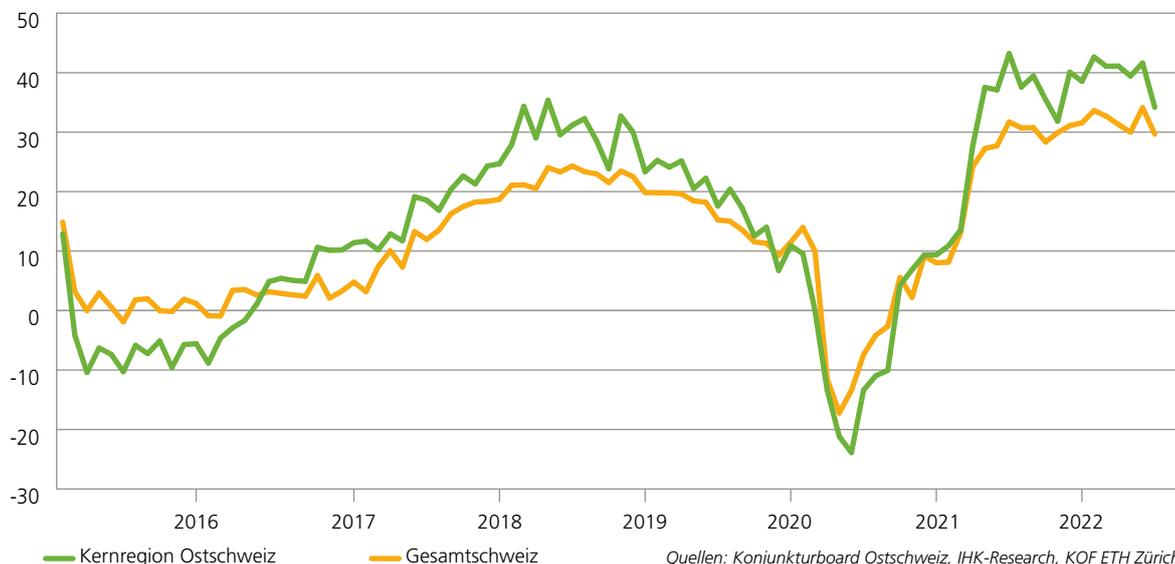
Ausgehend von einem hohen Niveau, kühlt sich die konjunkturelle Stimmung also branchenübergreifend ab. Dies widerspiegelt sich im Stimmungsbarometer, das für die Kernregion Ostschweiz erstmals seit März 2021 unter 100 Punkten notiert und somit auf eine unterdurchschnittliche Entwicklung hindeutet. Ausschliesslich Gross- und Detailhandelsunternehmen gehen von einer Verbesserung ihrer Geschäftslage in den kommenden Monaten aus.

Dafür sorgt ein breites Bündel an externen destabilisierenden Faktoren: Steigende Materialkosten, höhere Leitzinsen sowie geopolitische Risiken wirken dämpfend. Hinzu kommt in Europa die Angst vor einem Energieengpass im



Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt trotz Störfaktoren auf einem hohen Stand

Der Geschäftslageindikator für die Kernregion Ostschweiz ist seit 2021 sehr stabil.



Winter. Ein Grossteil der Ostschweizer Unternehmen verortet in einer Strommangellage weitreichende bis existenzielle Risiken. Auch der starke Schweizer Franken wird zunehmend wieder zur Belastung für die international vernetzte Ostschweiz. Durch die Aufwertung gegenüber dem Euro leidet die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem europäischen Raum, auch wenn vergleichsweise niedrige Inflationsraten hierzulande den Aufwertungseffekt stark mindern. Die Inflation gewinnt indessen auch in der Schweiz an Breite, bleibt aber weiterhin primär energie- und rohstoffgetrieben. Die Mehrheit der Ostschweizer Unternehmen geht sodann von weiteren Preissteigerungen aus, insbesondere in der Industrie und im Grosshandel.

Tiefgang der Konsumentenstimmung wird durch Lage am Arbeitsmarkt kompensiert

Die Preisentwicklungen schlagen sich auch in der Konsumentenstimmung nieder. Der Konsumentenstimmungsindex notiert, national betrachtet, auf einem Allzeittief. Daraus ist jedoch nicht direkt eine Wirtschaftskrise abzuleiten. Der Arbeitsmarkt zeichnet sich gegenwärtig durch eine grosse Arbeitsplatzsicherheit aus, was stabilisierend auf den privaten Konsum wirkt.

Auf Arbeitgeberseite stellt die Situation demgegenüber eine weiter wachsende Herausforderung dar. So schätzen die Unternehmen den Personalbestand branchenübergreifend als zu tief ein. Noch nie war der Anteil der Unternehmen, die einen Mangel an Arbeitskräften beklagten, so hoch. In der Region St.Gallen-Appenzell sind über 40 Prozent der befragten Industriebetriebe von einem Arbeitskräftemangel betroffen. Im Baugewerbe und bei den Finanz- & Versicherungsdienstleistungen ist es jedes zweite

Unternehmen, im Grosshandel jedes dritte. Besonders ausgeprägt sei der Personalmangel zudem in der Hotellerie.



Mehr Informationen zu den Konjunkturindizes finden Sie auf www.ihk.ch/konjunkturanalysen

Vertiefte Branchenanalysen

Führungskräfte müssen sich für ihre Entscheide auf verlässliche Informationen stützen können. Dabei helfen ökonomische Daten, Analysen und Prognosen. IHK-Research ist das volkswirtschaftliche Kompetenzzentrum der IHK St.Gallen-Appenzell und die zentrale Anlaufstelle sowie der Ansprechpartner für alle ökonomischen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen zur Entwicklung der Ostschweizer Wirtschaft. Im Bereich der Konjunktüreinschätzungen baut IHK-Research ihre Dienstleistungen aus. So werden neben der Industrie, dem Baugewerbe und dem Detailhandel neu auch die Branchen Grosshandel, Finanz- und Versicherungsleistungen, Gastgewerbe und Dienstleistungen analysiert. Mit diesem Ausbauschritt wird nun die gesamte Wirtschaftsstruktur adäquat abgebildet. Mehr unter: www.ihk.ch/konjunkturanalysen

Ausgewählte Branchen im Überblick

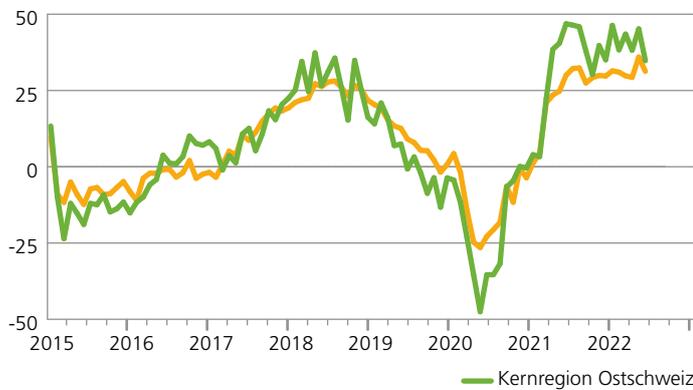
Richard Specker, Research Analyst IHK; Lorenz Lipp, studentischer Mitarbeiter

Tiefere Auslandnachfrage wirkt belastend auf die Industrie

Bei den Industrieunternehmen hat die wirtschaftliche Entwicklung, wie erwartet, an Schwung verloren. Insbesondere die nachlassende Auslandnachfrage sowie die höheren Einkaufspreise in Kombination mit weniger stark steigenden Verkaufspreisen haben zu einer schlechteren Einschätzung beigetragen. Die Unternehmen beurteilen die Geschäftslage jedoch nach wie vor als sehr gut. Die Anzahl der Beschäftigten wird als angemessen bis leicht zu tief beurteilt. Dies widerspiegelt sich auch im Arbeitskräftemangel. Dieser befindet sich auf einem Rekordhoch.

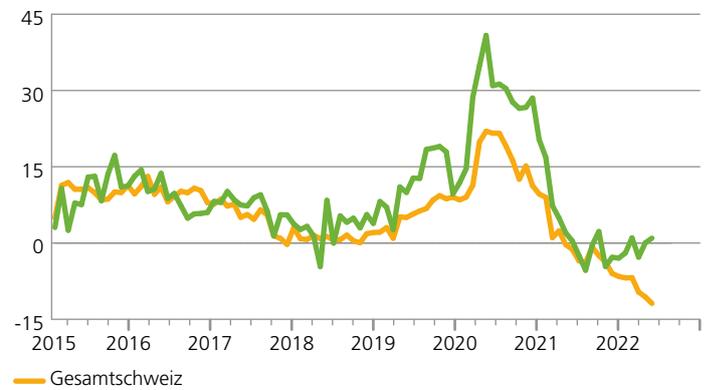
Beurteilung der Geschäftslage

Saldo in %, saisonbereinigt



Beurteilung der Anzahl Beschäftigter

Saldo in %, saisonbereinigt



Ausführlicher Branchenbericht unter: www.ihk.ch/industrie

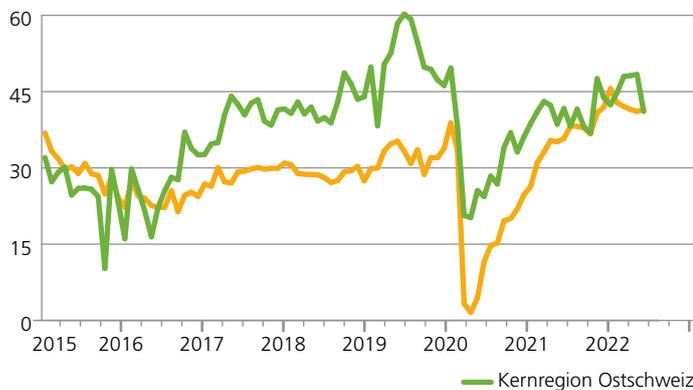
Quellen: IHK-Research, KOF ETH Zürich

Geschäftslage im Baugewerbe trotz verminderter Nachfrage stabil

Im letzten Quartal hat das Baugewerbe zwar einen leichten Dämpfer verzeichnet. Die Geschäftslage hält sich jedoch auf hohem Niveau. Insbesondere der Mangel an Materialien und Vorprodukten und die hohen Energie- und Rohstoffpreise wirken hier belastend. Die Beschäftigtenzahl wird nach wie vor als zu tief eingestuft.

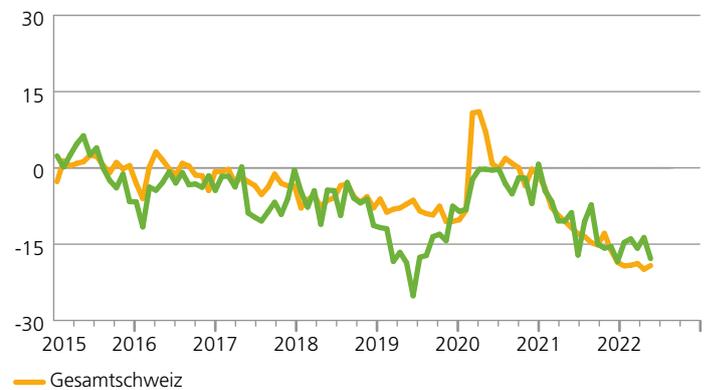
Beurteilung der Geschäftslage

Saldo in %, saisonbereinigt



Beurteilung der Anzahl Beschäftigter

Saldo in %, saisonbereinigt



Ausführlicher Branchenbericht unter: www.ihk.ch/baugewerbe

Quellen: IHK-Research, KOF ETH Zürich

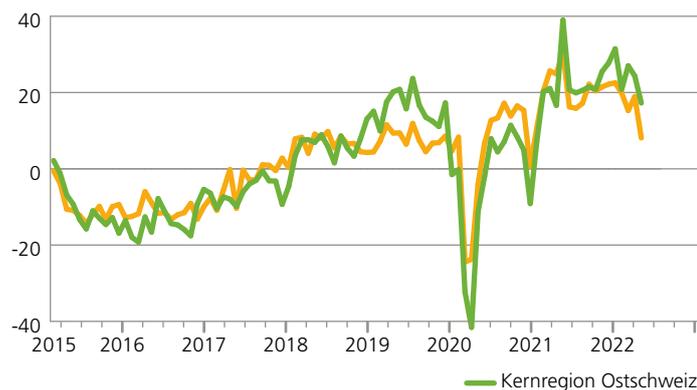


Konsumentenstimmung belastet Detailhandel

Die höheren Preise, die auf dem Einkommen der Konsumentinnen und Konsumenten lasten, und die wirtschaftliche Abkühlung führten zu einer schlechteren Konsumentenstimmung. Dies zeigt sich beispielsweise im tieferen mengenmässigen Absatz. Als Folge hat sich die Geschäftslage bei den Detailhandelsunternehmen im zweiten Quartal verschlechtert. Neu wird die Geschäftslage nur noch als angemessen bis gut beurteilt. Die Zahl der Beschäftigten wird jedoch weiterhin als angemessen beurteilt.

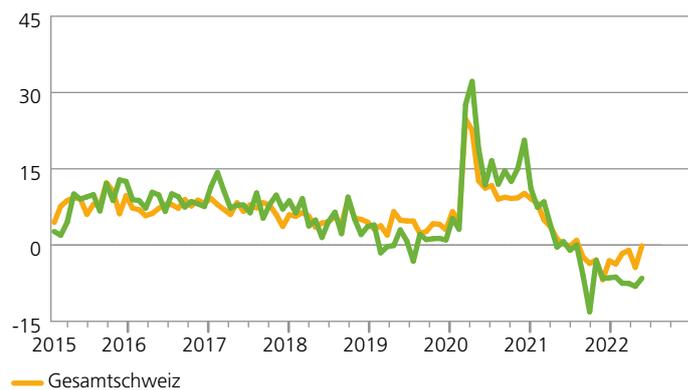
Beurteilung der Geschäftslage

Saldo in %, saisonbereinigt



Beurteilung der Anzahl Beschäftigter

Saldo in %, saisonbereinigt



Ausführlicher Branchenbericht unter: www.ihk.ch/detailhandel

Quellen: IHK-Research, KOF ETH Zürich

Gesamtwirtschaftlicher Ausblick: Wirtschaftliche Abkühlung erwartet

Die Wirtschaft in der Kernregion Ostschweiz präsentiert sich weiterhin in guter und stabiler Verfassung. Die Unternehmen beurteilen die Geschäftslage seit nunmehr eineinhalb Jahren als sehr gut. Der Ukraine-Konflikt, die hohen Inflationsraten, die konjunkturelle Abkühlung im wirtschaftlich relevanten Ausland und anhaltende Lieferprobleme dämpften jedoch im vergangenen Quartal die wirtschaftliche Aktivität in der Schweiz und in der Kernregion Ostschweiz. Für das aktuelle Quartal erwarten die Unternehmen eine konjunkturelle Abkühlung und eine sinkende Nachfrage. Als Folge werden die Einkaufspreise voraussichtlich weniger stark ansteigen als in den Vorquartalen. Dennoch bleibt der Preiserhöhungsdruck bei den Unternehmen hoch. Der Arbeits- und Fachkräftemangel befindet sich in allen Branchen auf dem höchsten Stand seit Jahren. In Kombination mit den steigenden Energie- und Einkaufspreisen steigen die Produktionskosten und somit die Belastung für die Unternehmen.

Erwartete Änderung bei der Geschäftslage und bei der Zahl der Beschäftigten in der Kernregion Ostschweiz

Saldo in %, saisonbereinigt



Ausführliche Branchenberichte unter: www.ihk.ch/konjunkturanalysen

Quellen: IHK-Research, KOF ETH Zürich

Die teilnehmenden Unternehmen werden monatlich befragt, wie sie ihre aktuelle Geschäftslage beurteilen. Die befragten Unternehmen können die Frage mit «gut», «befriedigend» oder «schlecht» beantworten. Der Saldowert der aktuellen Geschäftslage entspricht der Differenz der prozentualen Anteile der Antworten «gut» und «schlecht». Ein Wert über null deutet darauf hin, dass die Unternehmen die Geschäftslage eher als gut beurteilen, während ein Wert unter null eine eher schlechte Geschäftslage signalisiert.

Die registrierten Unternehmen werden monatlich befragt, wie sie ihren aktuellen Personalbestand beurteilen. Die befragten Unternehmen können die Frage mit «zu gross», «normal» oder «zu klein» beantworten. Der Saldowert der Anzahl Beschäftigter entspricht der Differenz der prozentualen Anteile der Antworten «zu gross» und «zu klein». Ein Wert über null deutet darauf hin, dass der Personalbestand zu hoch ist, während ein Wert unter null eine eher zu kleine Belegschaft signalisiert.

OECD-Mindeststeuer

Schweizer Steuersystem an neue Realitäten anpassen



Thomas Christen
lic. oec. HSG, dipl.
Steuerexperte, Partner
bei der steuerpartner ag

Die Schweiz ist für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen bekannt. Unter anderem wird die steuerliche Attraktivität geschätzt. Angesichts des intensiven internationalen Standortwettbewerbs sieht sich die Schweiz regelmässig mit Reformbedarf konfrontiert. Vermehrt veranlassen internationaler Druck und Vorgaben die Schweiz, das nationale Recht anzupassen. Nachdem im Jahr 2020 auf internationalen Druck das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) in Kraft getreten ist, steht mit der Einführung einer Mindestbesteuerung von 15 % von Unternehmensgewinnen voraussichtlich per 1. Januar 2024 bereits die nächste Neuerung unmittelbar bevor.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat im letzten Oktober Eckwerte zur künftigen Besteuerung von grossen, international tätigen Unternehmen veröffentlicht. Diese werden von 137 Mitgliedstaaten getragen, darunter alle OECD-, G20- und EU-Staaten. Die Schweiz will die neuen Besteuerungsregeln ebenfalls per 1. Januar 2024 einführen.

OECD/G20-Projekt mit zwei Säulen

Das ursprünglich zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft lancierte OECD/G20-Projekt gliedert sich in zwei Säulen:

1. Mit der Säule 1 soll der Besteuerungsanteil der Absatzmarktstaaten am Gewinn grosser, grenzüberschreitend tätiger Unternehmen erhöht werden. Davon betroffen sind multinationale Unternehmen mit über 20 Milliarden Euro Jahresumsatz und über 10 Prozent Gewinnmarge. Gemäss OECD umfasst dies die rund 100 grössten und profitabelsten Unternehmen weltweit.
2. Mit der Säule 2 soll eine Mindestbesteuerung grosser Unternehmen eingeführt werden.

Gemäss OECD sollten beide Säulen grundsätzlich im Jahr 2023 in Kraft treten. Die Arbeiten an der Säule 1 verzögern sich jedoch, sodass von einer späteren Inkraftsetzung ausgegangen werden kann. Demgegenüber sind die Arbeiten an der Säule 2 weit fortgeschritten. Angesichts des zeitlichen Drucks und der noch zahlreichen Unsicherheiten soll in der Schweiz deshalb eine neue Verfassungsnorm dem Bund die Kompetenz einräumen, das OECD/G20-Projekt umzusetzen. Der Gesetzgeber soll nötigenfalls von beste-

henden verfassungsrechtlichen Prinzipien abweichen können und der Bundesrat durch Übergangsbestimmungen ermächtigt werden, die Mindestbesteuerung temporär auf dem Verordnungsweg zu regeln. Mit diesem Vorgehen wird eine Inkraftsetzung per 1. Januar 2024 ermöglicht. Anschliessend kann ohne Zeitdruck die Gesetzesgrundlage in einem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erarbeitet und die Verordnung abgelöst werden.

Mindeststeuersatz von 15 % für Grossunternehmen

Die mit der Säule 2 vorgesehene Regelung sieht für Unternehmensgruppen mit einem Jahresumsatz von mehr als 750 Mio. Euro einen Mindeststeuersatz von 15 % auf der Basis einer international vereinheitlichten Bemessungsgrundlage vor. Dabei muss der Mindeststeuersatz jeweils pro Staat erreicht werden. Wird die Mindestbesteuerung von 15 % in einem Staat nicht erreicht, so soll die Differenz zwischen der effektiven Steuerbelastung und der geforderten Mindeststeuerbelastung von 15 % in dem Staat nachbesteuert werden, in dem sich die oberste Muttergesellschaft der betreffenden Unternehmensgruppe befindet (vorrangige Income Inclusion Rule). Sollte dieser Staat die vorrangige Regel nicht eingeführt haben, soll die Mindestbesteuerung von 15 % subsidiär in den Staaten mit Tochtergesellschaften des betreffenden Unternehmens sichergestellt werden (nachrangige Undertaxed Payments Rule). Die OECD/G20 erlauben es allerdings auch dem Staat, in dem die Mindestbesteuerung unterschritten



wird, mit einer nationalen Ergänzungssteuer die Differenz zum Mindeststeuersatz selber auszugleichen (Qualified Domestic Minimum Top-up Tax).

Wirtschaftspolitische und fiskalische Interessen wahren

Die Schweiz kann angesichts der Konzeption des OECD/G20-Projekts nicht verhindern, dass gewisse hier tätige Unternehmensgruppen künftig einer höheren Steuerbelastung unterliegen werden. Indem die Schweiz ihr Steuersystem an die neuen Realitäten anpasst, kann sie aber ihre wirtschaftspolitischen und fiskalischen Interessen wahren. Dazu will der Bundesrat in der Schweiz die Besteuerung der betroffenen Unternehmensgruppen zum Mindeststeuersatz von 15 % mit der Einführung einer Schweizer Ergänzungssteuer sicherstellen. Ferner soll die Schweiz von den neuen Besteuerungsrechten Gebrauch machen, wenn eine in der Schweiz tätige Unternehmensgruppe die Mindestbesteuerung von 15 % im Ausland nicht erreicht. Auf diese Weise werden die Steuereinnahmen in der Schweiz und nicht im Ausland anfallen. Zudem können so in der Schweiz ansässige Unternehmen vor zusätzlichen Steuerverfahren im Ausland geschützt werden.

Gewinnsteuern von Bund und Kantonen werden unverändert weitergeführt

Der Anwendungsbereich der Ergänzungssteuer beschränkt sich auf grosse Unternehmensgruppen, die einen weltweiten Umsatz von mindestens 750 Mio. Euro erreichen und die Mindestbesteuerung von 15 % unterschreiten. Klein- und Mittelunternehmen (KMU) und rein national tätige Unternehmensgruppen sind von den neuen Regeln nicht betroffen. Dementsprechend werden die heutigen Gewinnsteuern des Bundes und der Kantone für alle Unternehmen unverändert weitergeführt. Die neue Ergänzungs-

steuer stellt eine Bundessteuer dar, welche von den Kantonen umgesetzt wird.

Dem Verlust an Standortattraktivität entgegenwirken

Die Einnahmen aus der Ergänzungssteuer sollen zu 75 % den Kantonen zufliegen. Vorwiegend die von der Ergänzungssteuer besonders betroffenen Tiefsteuernkantone erhalten aus der Schweizer Ergänzungssteuer Mittel, welche sie verwenden können, um ihrem Verlust an Standortattraktivität entgegenzuwirken. Die übrigen 25 % der Einnahmen gehen an den Bund. Dieser soll die zusätzlichen Mittel dazu verwenden, die Attraktivität des Standorts Schweiz zu fördern.

Stimmbevölkerung hat das letzte Wort

Obschon hinsichtlich der praktischen Umsetzung noch zahlreiche offene Fragen bestehen, ist vorgesehen, den Bundesbeschluss über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen nach dessen Beratung im Parlament zeitnah Volk und Ständen zur Abstimmung zu unterbreiten. Einmal mehr sieht sich die Schweiz mit einer unter Zeitdruck einzuführenden Steueranpassung konfrontiert. Die finanziellen Auswirkungen und der Einfluss auf den interkantonalen Finanzausgleich lassen sich nicht zuverlässig einschätzen. Kurzfristig wird von Mehreinnahmen aus der Ergänzungssteuer für Bund und Kantone von rund 1 bis 2,5 Milliarden Franken ausgegangen, über deren Verwendung politisch entschieden werden wird. Es bleibt spannend, die Einführung und Auswirkung der für die Schweiz neuen Mindestbesteuerungsregelung weiter zu beobachten.

Funktionsweise der OECD-Mindeststeuer in der Schweiz

Die Unternehmensgruppe U erfüllt alle Voraussetzungen der OECD/G20-Mindestbesteuerung. Zwei der zahlreichen Geschäftseinheiten (GE 1 und GE 2) befinden sich in der Schweiz.

Die Besteuerung der zwei Schweizer Geschäftseinheiten in den Kantonen A und B sieht wie folgt aus:

	Gewinn	Steuersatz	Gewinnsteuer
GE 1 im Kanton A	1'000	14,5 %	145
GE 2 im Kanton B	1'000	12,5 %	125
IST-Besteuerung	2'000	13,5 %	270
SOLL-Besteuerung	2'000	15,0 %	300
Schweizer Ergänzungssteuer			30

Der effektive Steuersatz für die Schweiz beträgt 13,5 %. Die von der OECD/G20 geforderte Mindeststeuer beträgt 15 %. Dies entspricht einer SOLL-Besteuerung in der Schweiz von 300 (15 % von 2'000).



Hier gilt die Mindestbesteuerung für Unternehmen: Mitgliedstaaten der internationalen Reform zur Unternehmensbesteuerung (Stand August 2021). Quelle: OECD, Statista

Rätsel N°6

Verschieben Sie 3 Linien, sodass 3 gleiche Quadrate entstehen.



Wir lieben anspruchsvolle Aufgaben und finden clevere Lösungen. Fordern Sie uns heraus! egeli-informatik.ch, +41 71 221 12 42

Software-Lösungen.
Einfach. Clever.



Schärfen.
Stärken.
Herausfordern.

Erfolg schafft Freiräume,
macht souverän und überzeugt.



www.k-bt.ch

Profis trainieren
regelmässig.



Werben Sie im **IHK facts** und erreichen Sie die Ostschweizer Entscheidungsträger/innen.

Neocomm GmbH | Martin Schwizer | martin.schwizer@neocomm.ch | Telefon 058 101 10 00

TRAU, SCHAU WEM

www.treuhandsuisse.ch

«UNSERE MITGLIEDER
SIND ZERTIFIZIERTE
KMU-EXPERTEN.»

TREUHAND | SUISSE

Schweizerischer Treuhänderverband



Kanton St.Gallen

Präzisierung im neuen Standortförderungsprogramm nötig



Michael Götte
Leiter kantonale Politik
IHK

Die Ostschweizer Wirtschaft ist sehr stark exportorientiert, international vernetzt und damit in einem starken globalen Wettbewerb. Heute exportieren die wettbewerbsstarken Unternehmen bis zu über 90% ihrer Produkte ins Ausland. Umso wichtiger ist es, dass mit den nötigen staatlichen Mitteln die richtigen Rahmenbedingungen für den hiesigen Standort attraktiv gesetzt werden, damit sich die bestehenden Unternehmen weiterentwickeln können und neue sich in der Region ansiedeln. Unsere Standortvorteile in Form eines wirtschaftspolitisch stabilen Umfelds, eines erstklassigen Forschungsumfelds mit exzellenten Institutionen wie der Universität St.Gallen oder der Empa und dem direkten Zugang zu bestausgebildeten Fachkräften bilden eine wichtige Grundlage. Mit dem neuen, von der Regierung des Kantons St.Gallen verabschiedeten Mehrjahrespro-

Das neue Mehrjahresprogramm der Standortförderung leistet durch gezielte Wirtschafts-, Innovations- und Tourismusförderung einen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Kantons St.Gallen. So werden bestehende Unternehmen gehalten, neue dazugewonnen und Innovationen gefördert, mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu erhalten, auszubauen und zu schaffen.

gramm der Standortförderung für die Jahre 2023 bis 2027 sind nun insbesondere in folgenden Punkten verstärkte Anstrengungen geplant:

- Förderung von Innovations- und Technologieführerschaft von Unternehmen
- Standortpromotion im Ausland
- Ansiedlungspolitik
- Förderung des dynamischen Start-up-Systems im Kanton St.Gallen
- Unterstützung von Grundeigentümern und Unternehmen in ihren Vorhaben bezüglich wirtschaftlich bedeutsamer Areal- und Innenentwicklungen
- Tourismusförderung

Das Programm soll die Entwicklung attraktiver Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort St.Gallen ermöglichen und langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons stärken. Zur Finanzierung dieser Ziele steht ein Sonderkredit von CHF 11,8 Mio. Franken zur Verfügung.

Wie die Wirtschaftsgruppe des Kantonsrates, bei der sich auch die IHK St.Gallen-Appenzell engagiert, sieht auch das Parlament einen Handlungsbedarf bei der Ansiedlung von Unternehmen im Kanton St.Gallen. In einem nächsten Schritt wird verlangt, dass eine Analyse erstellt wird, die Aufschluss gibt, weshalb die Ansiedlung neuer Unternehmen zurückgeht. Es müssen auch konkrete Massnahmen zur Standortvermarktung geprüft werden.

Innovationsumfeld stärken

Gemäss der Schwerpunktplanung der Regierung soll unter anderem die Innovationskraft des Kantons gestärkt werden, was die IHK sehr unterstützt. Die Innovationsfähigkeit und -stärke der Ostschweizer Wirtschaft ist eine zentrale Voraussetzung, um sich im starken globalen Wettbewerb zu behaupten. Der Zuschlag für den Switzerland Innovation Park Ost (SIP Ost) war u.a. ein Ziel des letzten Standortförderungsprogramms. Der SIP Ost fördert die Zusammenarbeit von Unternehmen, Start-ups und Hochschulen, um Lösungen für drängende globale Herausforderungen zu finden. Ergänzt wird er beispielsweise mit RhySearch in Buchs, das ein Innovations-treiber für die Industrie ist.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Standortförderung nur funktioniert, wenn klar die einzelnen Unternehmen mit den dort handelnden Akteuren in den Vordergrund gestellt werden. Dabei ist deren Einbindung in funktionierende Netzwerke enorm wichtig.



Einfach, schnell und kostenlos

Finden Sie die zu Ihrem Unternehmen passenden Nachhaltigkeitsstandards



Laura Eggenberger
Projektmitarbeiterin IHK

Ostschweizer Unternehmerinnen und Unternehmer nehmen tagtäglich Verantwortung wahr – bewusst oder unbewusst. Um die bewusst getroffenen Entscheide für die Übernahme von Verantwortung gegen aussen sichtbar zu machen, können sich Unternehmen mit Nachhaltigkeitsstandards zertifizieren lassen. Gleichzeitig fungieren Standards auch als Orientierungshilfen für die nachhaltige Existenz einer Unternehmung. Doch das Angebot an Nachhaltigkeitsstandards ist riesig und die Suche nach den passenden Standards aufwendig. Mithilfe der ITC Standards Map allerdings verläuft der Findungsprozess einfach, schnell und kostenlos.

Als grösste Datenbank für freiwillige Nachhaltigkeitsstandards bietet die ITC Standards Map einen einfachen und kostenlosen Zugang zu umfassenden Informationen zu über 300 geprüften und transparenten Nachhaltigkeitsstandards in den Bereichen Umweltschutz, Arbeitnehmer- und Arbeitsrecht, Wirtschaftsentwicklung, Qualität und Lebensmittelsicherheit sowie Unternehmensethik. Die Nachhaltigkeitsstandards in der ITC Standards Map sind nach 1'650 Kriterien sortiert und leiten rund 500'000 Menschen in 192 Ländern bei ihrer täglichen Arbeit. Die Standards Map wurde 2011 vom International Trade Center (ITC), einer Agentur der Vereinten Nationen, lanciert und wird in Kollaboration mit dem Forschungsinstitut für biologischen Landbau und dem International Institute for Sustainable Development betrieben. In der Schweiz wird die Plattform vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) unterstützt.

Die ITC Standards Map ist nicht nur aufgrund ihrer Genauigkeit, Neutralität und Existenz als öffentliches Gut einzigartig, sondern auch wegen ihres grossen Nutzenpotenzials. In vier Schritten finden Unternehmen dank der Standards Map zu den für sie passenden



Vergleich von drei ausgewählten Nachhaltigkeitsstandards in der ITC Standards Map.

Nachhaltigkeitsstandards. In einem ersten Schritt können geeignete Standards anhand von zahlreichen Filtern, wie zum Beispiel Nachhaltigkeitsdimension, Sektor, Produkt oder Wertschöpfungskette, rasch und einfach identifiziert werden. Anschliessend können im zweiten Schritt bis zu vier ausgewählte Nachhaltigkeitsstandards miteinander verglichen werden (siehe Abbildung oben).

Der dritte Schritt unterstützt dann das Treffen von fundierten Entscheidungen zu den Produktionstrends unter den Standards, indem Informationen zu Markttrends zur Verfügung gestellt werden. Schliesslich bewertet das Tool in einem vierten Schritt, wo eine Un-

ternehmung im Standardkonformitätsprozess steht, und schätzt die Bereitschaft eines Unternehmens für Nachhaltigkeit ein.

Gelangen Sie hier zur ITC Standards Map und erkunden Sie über



300 weltweit gültige Nachhaltigkeitsstandards:
www.standardsmap.org/



Wirtschaftsbildung

Wir lassen junge Menschen Wirtschaft erleben



Cristina Baratto
Direktionsassistentin
und Leitung Office
Management

Seit 50 Jahren bringen die Programme der Ernst-Schmidheiny-Stiftung und seit 2020 auch des Vereins wirtschaftsbildung.ch jungen Menschen wirtschaftliche Zusammenhänge in spielerischer Weise näher. Die Möglichkeit, für einmal selbst ein Unternehmen zu führen und die Konsequenzen der eigenen Entscheide unmittelbar zu erleben, lässt die Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft für junge Erwachsene greifbar werden.

Im Rahmen der Wirtschaftswochen erleben Schülerinnen und Schüler dank einer betriebswirtschaftlichen Simulation hautnah, was es bedeutet, ein Unternehmen zu führen. Sie setzen sich mit Themen wie Strategieentwicklung, Marktentwicklung und Wettbewerb auseinander und lernen so, dass ihr Handeln Auswirkungen auf die verschiedenen Anspruchsgruppen ihrer fiktiven Unternehmung hat. Diese spielerische Herangehensweise an die Realität stärkt das Verständnis von wirtschaftlichen Zusammenhängen. Die Schülerinnen und Schüler können gezielt ihre Future Skills weiter ausbauen – von der Problemanalyse über das kritische Denken bis hin zur kreativen Teamarbeit.

Das Wecken der Faszination für das unternehmerische Handeln und Gestalten stuft die IHK als genauso wichtig ein wie die Förderung einer differenzierten wirtschaftspolitischen Meinungsbildung. Denn die Schülerinnen und Schüler von heute treffen die relevanten Entscheide von morgen. Wirtschaftsbildung.ch unterstützt jährlich über 10'000 junge Erwachsene mit ihren digitalen Unternehmenssimulationen.

Starke Partner

Die IHK St.Gallen-Appenzell arbeitet seit über 35 Jahren mit der Ernst-Schmidheiny-Stiftung zusammen und ist seit 2020 Partnerin des Vereins wirtschaftsbildung.ch. Als Bindeglied zwischen Wirtschaft und Staat fungiert die IHK

als Organisatorin und Förderin der Wirtschaftswochen, sodass jährlich über 100 Schülerinnen und Schüler von Kantons-, Wirtschaftsmittelschulen und Weiterbildungszentren im Kammerngebiet eine Wirtschaftswoche erleben und dabei Unternehmerluft schnuppern dürfen.

Die Projektwoche bringt viel Abwechslung und setzt sich aus dem Simulationsspiel «WIWAG», Input-Referaten, Betriebsbesichtigungen und einem Q&A mit einem Mitglied der Geschäftsleitung zusammen. Begleitet werden die Schülerinnen und Schüler während der Woche von 2–3 Spielleitenden – Fachkräfte aus der Wirtschaft, die sich freiwillig für die Wirtschaftswochen engagieren. Dank den Erfahrungen und dem Wissen der Spielleitenden profitieren die Jugendlichen gleich mehrfach.

Spielleitende als wichtigstes Element der Wirtschaftswochen

Die Durchführung der Wirtschaftswochen ist nur dank den freiwilligen Einsätzen und dem grossen Engagement der Spielleitenden mög-

lich. Sie sind das wichtigste Element der Projektwoche. Pro Jahr leisten die Spielleitenden in der Regel einen oder mehr Einsätze. Diese können nicht nur im eigenen Kanton, sondern schweizweit und auch im Ausland wahrgenommen werden. Grundvoraussetzung für den Einsatz als Spielleiter/-in ist die Freude an der Zusammenarbeit mit Jugendlichen, ein gutes Verständnis für gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge sowie das Absolvieren einer zweitägigen Ausbildung.

Die Wirtschaftswochen sind nicht nur auf engagierte Spielleitende angewiesen, sondern auch auf weitere Unterstützung aus der Wirtschaft. Für ein Unternehmen gibt es verschiedene Möglichkeiten, sich zu engagieren und mit der nächsten Generation von Arbeitskräften in Kontakt zu treten: Unternehmen können als Host einer Wirtschaftswoche, durch Q&A mit der Geschäftsleitung, mit Inputreferaten, Betriebsbesichtigungen oder im Rahmen eines Klassenpatronats eine Projektwoche unterstützen.

Sie wollen sich als Spielleiter/-in oder als Gastunternehmen für die Wirtschaftswochen engagieren?

Detaillierte Informationen zum Einsatz als Spielleiter/-in oder als Gastunternehmen finden Sie auf unserer Webseite. Gerne gibt Ihnen Cristina Baratto, Organisatorin der Wirtschafts-

wochen IHK St.Gallen-Appenzell, auch individuelle Auskünfte:

Cristina Baratto, 071 242 10 13,
cristina.baratto@ihk.ch



**Mehr erfahren und
Spielleiter/-in werden!**
www.ihk.ch/wiwo

Ostschweizer Wirtschaft gestaltet die Zukunft



Jan Riss
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter IHK

555 Jahre. Dieses spezielle Jubiläum feierte die IHK St.Gallen-Appenzell gemeinsam mit über 600 Gästen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Ende Juni in Heerbrugg. An der Jubiläums-Generalversammlung stand aber nicht die Geschichte im Vordergrund, sondern die Zukunft des Industrie- und Exportplatzes Ostschweiz.

«Mit 555 Jahren ist die IHK St.Gallen-Appenzell die älteste Handelskammer der Schweiz und vermutlich sogar eine der ältesten weltweit.» Mit diesen Worten eröffnete IHK-Präsident Roland Ledergerber die IHK-Jubiläums-Generalversammlung bei SFS in Heerbrugg. Das war es dann aber auch schon mit der historischen Rückblende. Stattdessen richtete sich der Fokus rasch auf die Zukunft des Industrie- und Exportplatzes Ostschweiz. Denn: Die Ostschweiz sei heute ohne Zweifel ein attraktiver und erfolgreicher Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensort, so Roland Ledergerber. Aber die Region sei an verschiedenen Fronten herausgefordert. «Die Welt bewegt sich, die Wettbewerber werden stärker, die Anforderungen steigen.» In diesem Umfeld sei es ein Naturgesetz: «Was nicht besser wird, bleibt nicht gut.»

Herausforderungen im Europadossier, bei der Altersvorsorge ...

Handlungsbedarf verortete der IHK-Präsident in seiner Ansprache insbesondere in drei Dossiers. Erstens müssten die bilateralen Beziehungen zur EU gesichert werden. 64 % aller Ostschweizer Industrieexporte fließen nach Europa. Umgekehrt arbeiten viele Tausende europäische Fachkräfte in den Ostschweizer Unternehmen. Diese enge wirtschaftliche Verflechtung sei für die Ostschweiz ein riesiger Vorteil. Der Bundesrat sei nach dem Verhandlungsabbruch über ein Rahmenabkommen mit der EU deshalb nun zum raschen Handeln aufgefordert. Zweitens müsse die Altersvorsorge auf ein zukunftsfähiges Fundament gestellt werden, so Roland Ledergerber. Derzeit findet so-





wohl in der ersten als auch in der zweiten Säule eine starke Umverteilung von den Erwerbstätigen zu den Pensionierten statt. «Das ist systemwidrig. Und es ist nicht fair.» Die Revision AHV 21 sei deshalb ein Schritt in die richtige Richtung.

... und der Energieversorgung gemeinsam meistern

Drittens betonte Roland Ledergerber die Herausforderung einer drohenden Strom- und Gasmangellage für die Unternehmen. «Die lückenlose Energieversorgung der Schweiz zu international marktfähigen Preisen muss weiterhin sichergestellt werden.» Gleichzeitig müsse die Dekarbonisierung vorangetrieben werden. Diese Balance zu finden, sei komplex und verlange eine gesamtheitliche Herangehensweise: angebots- und nachfrageseitig sowie bei den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen.





Unternehmen als Teil der Lösung

Allgemein müssten die Unternehmen wieder stärker als Teil der Lösung und nicht des Problems gesehen werden, so der IHK-Präsident. Ein Votum, das im anschliessenden Podiumsgespräch unter der Leitung von IHK-Direktor Markus Bänziger mit den Spitzen der drei gewichtigsten nationalen Wirtschaftsverbände wiederholt bekräftigt wurde. Klimawandel, Mobilität, Corona, Ernährung: Die Schweizer Fertigungsindustrie leiste weltweit unverzichtbare Arbeit zur Bewältigung dieser Herausforderungen, betonte etwa Swissmem-Präsident Martin Hirzel. Die Globalisierung sei deshalb das «beste Armutsbekämpfungsprogramm». Dieses positive Wirken der hiesigen Unternehmen müsse gegenüber der Öffentlichkeit vermehrt sichtbar gemacht werden, ergänzte Christoph Mäder, Präsident des Wirt-

Vom Leinenhandel zur IHK St.Gallen-Appenzell

Die Geschichte der Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell gründet im Leinwandhandel. Bereits im 13. Jahrhundert handelten St.Galler Kaufleute mit Leinen, dem «weissen Gold», bis nach Spanien und Polen. Als Gegengewicht zu den protektionistisch orientierten Zünften gründeten diese Fernhändler im 15. Jahrhundert die Gesellschaft zum Notenstein. Das älteste bekannte Mitgliederverzeichnis der Notenstein-Gesellschaft, aus

der die IHK hervorging, datiert aus dem Jahr 1466.



Weitere Informationen zur bewegten IHK-Geschichte finden Sie unter www.ihk.ch/geschichte-ihk





schaftsdachverbands economiesuisse. Dazu brauche es auch den Mut von Unternehmenspersönlichkeiten, sich wieder stärker in die politische Debatte einzubringen, so der Appell an das Publikum.

Zusammenarbeit und Kultur als Stärken der Ostschweiz

Entscheidend für die Stärkung des Vertrauens in die Wirtschaft sei aber insbesondere auch die gelebte Unternehmenskultur, zeigte sich Urs Kaufmann, Vorstandsausschussmitglied des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, überzeugt. Die Ostschweiz gehe hier mit gutem Beispiel voran: Die Kultur sei geprägt von einem gesunden Vertrauen, einem professionellen Pragmatismus, Lösungsorientierung, Bodenständigkeit, Leistungsbereitschaft und einer

starken Verbundenheit mit dem Unternehmen. Diese Werte sollen international tätige Schweizer Unternehmen auch in ihren Werken im Ausland verankern, gemeinsam mit den Mitarbeitenden vor Ort. Es sei dies das weitaus erfolgversprechendere Mittel gegen autokratische Regimes als Dogmatismus oder eigenständige politische Sanktionen der offiziellen Schweiz.

Bekenntnis zum Standort Ostschweiz

Insgesamt zeigten sich die Podiumsgäste aber sehr optimistisch für die Zukunft des Industrie- und Exportplatzes Ostschweiz. Es sei «erstaunlich und höchst erfreulich», dass die Schweizer Industrie in den vergangenen Jahren als eine der wenigen in Westeuropa ihre Position stärken konnte, so Christoph Mäder. Exemplarisch dafür stand der Ort der IHK-Jubiläumsfeierlichkeiten in der neuen Dreifach-Produktionshalle von SFS. Der substanzielle Ausbau sei Ausdruck eines langfristigen Denkens und ein Bekenntnis zum Standort Heerbrugg, betonte SFS-Verwaltungsratsmitglied Nick Huber in seinem Schlusswort. Auch auf den Betriebsbesichtigungen bei neun Rheintaler Unternehmen, die im Vorfeld zur GV stattfanden, zeigte sich den Gästen eindrücklich: In der Region wird an den Produkten und Lösungen von morgen gearbeitet. Darauf dürfe man stolz sein, betonte IHK-Direktor Markus Bänziger abschliessend. Im Zentrum des speziellen IHK-Jubiläums stehen deshalb unter dem Motto «Raum für Wirken und Wandel» die Vielfalt und Innovationskraft der Ostschweizer Unternehmen.



 **Videorückblick und weitere Fotos auf www.ihk.ch/ostschweizerwirtschaft-gestaltet-die-zukunft**

Handelssperren und Gesundheitszeugnisse

Die Pest führt 1680 in St.Gallen zu einer Handelskrise



Dr. des. Nicole Stadelmann
Co-Leiterin Stadtarchiv und Vadianische Sammlung der Ortsbürgergemeinde St. Gallen

Handelskrisen durch Pestausbrüche

Ein Beispiel aus dem Jahr 1680 steht für viele weitere: Die Stadt St.Gallen sah sich damals durch einen Pestausbruch in weiten Teilen Europas bedroht und versuchte mit verschiedenen Massnahmen – auch im Bereich des Handels –, eine Ausbreitung zu verhindern. Handelsbeschränkungen waren in der sogenannten Kontagionslehre, die ab dem 17. Jahrhundert vorherrschend wurde, vorgesehen. Man ging davon aus, dass die Pest direkt von Mensch zu Mensch, aber auch über sogenannt giftfähige Waren übertragen wurde. Zu dieser giftfähigen Ware zählten in St.Gallen im Jahr 1680 folgende Produkte: Federn, Wolle, Tuchwaren und Briefe. Aus diesem Grund wurde – nebst

Wir kennen die Schlagzeilen aus Corona-Zeiten: menschenleere Hafenanlagen in Schanghai, Lastwagenfahrer, die an nationalstaatlichen Grenzen stecken bleiben, weltweit unterbrochene Lieferketten, lange Lieferfristen in der Automobilindustrie. Beschäftigt man sich mit der Wirtschaftsgeschichte der frühen Neuzeit, so kommen einem solche Phänomene nur allzu bekannt vor.

der Isolation von Kranken – die Überwachung des Personen- und Warenverkehrs aus infizierten Gegenden in den Vordergrund gerückt.

Überregionale Seuchenbekämpfung

Als 1680 an unterschiedlichen Orten des Reichs die Pest ausgebrochen war und die Eidgenossenschaft und St.Gallen bedrohte, verordnete die St.Galler Obrigkeit vor allem präventive Massnahmen, die im Einklang mit der Kontagionslehre standen. Im Fokus stand insbesondere die rigide Kontrolle des Personen- und Güterverkehrs. Der Handel wurde durch diese Massnahmen allerdings stark beeinträchtigt. Die Durchsicht des Ratsprotokolls aus dem Jahr 1680 zeigt nicht nur die ergriffenen Massnahmen, sondern auch, wie herrschaftsüber-

greifend organisiert die Seuchenbekämpfung bereits in der Vormoderne war. Die Seuchenbekämpfung ging vor allem vom Mailänder Sanitätsrat aus: Mailand und Venedig waren aufgrund ihrer geografischen Lage und ihrer Funktion als Verkehrsknotenpunkte besonders exponiert und wurden deshalb wegweisend für die Entwicklung von Pestreglementen, an die sich vor allem aufgrund von Abhängigkeiten im Warenverkehr auch andere Städte hielten.

Ein Balanceakt zwischen Prävention und Handel

Das ganze Jahr hindurch erhielt der St.Galler Rat vorwurfsvolle Briefe vom Sanitätsrat aus Mailand. Darin wurde die Feststellung geäußert, die St.Galler Handelshäuser würden sich nicht ausreichend an die Auflagen der Pestreglemente halten und damit wiederum die Gesundheit der Mailänder Bevölkerung gefährden. Der Rat leitete diese Briefe jeweils umgehend jenen St.Galler Handelshäusern, die mit Italien in wirtschaftlichem Austausch standen, weiter und ermahnte sie, die Auflagen aus Mailand gewissenhafter zu erfüllen. Rat und Kaufleute fürchteten sich nämlich vor einer Beschränkung des bislang freien Handels nach Mailand. Um den Italienhandel nicht zu gefährden, wurde auch der St.Galler Jahrmarkt abgesagt. St.Gallen stand allerdings nicht nur in engem Austausch mit Mailand, sondern erhielt auch von Lyon, Genf, Lindau, Konstanz, Solothurn, Basel, Bern, Chur oder Zürich immer wieder Briefe, in denen die



Neben der Kontagionslehre war seit dem Mittelalter die sogenannte Miasmatheorie verbreitet, die von einer Übertragung der Pest durch pesterzeugende Stoffe ausging, welche sich über die Luft verbreiteten. Mit Pestmasken und luftreinigenden Massnahmen wurde die Seuche bekämpft. Zürich, ZB, GS, EDR 1721 Pest in Marseille la, 1.



Gesundheitspass der Stadt St. Gallen für den Müllergesellen Pancraz Tobler, 1752. StadtASG, AA, Aktensupplement, Pässe.

reiche Handelsstadt aufgefordert wurde, die Massnahmen zur Seucheneindämmung gründlicher umzusetzen.

Gifffähige Waren: Gesundheitszeugnisse für Federn, Woll- und Tuchwaren

Ende Mai 1680 erhielten die Kaufleute vom Rat den Auftrag, gemeinsam mit dem Säckelmeister (Finanzminister) zu überlegen, wie das sogenannte Fedewesen in St. Gallen organisiert werden sollte. Personen und Waren durften während Seuchenzeiten nur noch mit Federn, also mit Gesundheitszeugnissen, in die Stadt gelassen werden. Die St. Galler Händler benötigten solche Gesundheits­scheine auch für ihre Handelswaren. Wie das Fedewesen in St. Gallen im Jahr 1680 genau organisiert wurde, bleibt jedoch unklar. Zunächst scheinen die Gesundheitszeugnisse für Waren und Personen von Angestellten der städtischen Kanzlei ausgestellt worden zu sein. Die Kaufleute mussten diesen gegenüber eidlich schwören, dass jene Ware, welche sie ausführten, entweder nicht aus infizierten Orten stammte oder aber genügend lange in oder ausserhalb der Stadt in Quarantäne gewesen war. Federn, Woll- und Tuchwaren mussten, wenn sie von infizierten Orten stammten, für mindestens sechs Monate ausserhalb der Stadt einer «Erluftung» ausgesetzt werden, bevor sie weitergehandelt werden durften. Eine gute Vorratshaltung und gefüllte Lager waren deshalb während Seuchenzeichen für den Import- und Exporthandel – genauso wie heute – essenziell.

Da die Klagen auswärtiger Orte über das ungenügende Fedewesen St. Gallens nicht abrisen, beschloss der Rat im Herbst Verschärfun-

gen. Die Pest hatte im September vor allem in Österreich, Böhmen, Schlesien und Sachsen ihren Höhepunkt erreicht. Die Stadt St. Gallen, welche eine starke Position im Zwischenhandel mit dem Reich, Italien und Frankreich einnahm, stand besonders im Verdacht, Güter aus den infizierten Gebieten des Reichs mit ungenügenden Sicherheitsmassnahmen weiterzudistribuierten. Fortan benötigten die Federn deshalb die Bewilligung des Rats oder mindestens des Gerichtsschreibers als Chef des Kanzleipersonals. Für alle Federn auf ihre Waren mussten die Kaufleute zudem eine Gebühr bezahlen. Der internationale Warenverkehr verteuerte sich also.

Totale Handelssperren und Korrespondenzverbote mit infizierten Orten

Auf dem Höhepunkt der Pestwelle im Osten des Reichs wurden von unterschiedlichen Orten Grenzsperrungen, sogenannte Bandos, die den Waren- und Personenverkehr unterbrachen, gefordert. Als Erstes forderte Konstanz im September 1680 brieflich eine «scharfe Banisierung» von Wolle und Wolltuchen aus Sachsen und Meissen. Wenige Tage später verlangte auch Mailand eine totale Handels- und Grenzsperrung für Österreich, Böhmen, Sachsen und Schlesien. Daraufhin wurden die mit Italien handelnden Kaufleute St. Gallens vom Rat zur Beratschlagung eingeladen. Als kurz darauf weitere Briefe aus Bern, Basel und Solothurn mit der gleichen Forderung eintrafen, erliess die Stadt ein Handelsverbot für die von der Pest betroffenen Gebiete Niederösterreich, Ungarn, Böhmen, Schlesien, Sachsen und Meissen. Das Edikt wurde an allen Toren der Stadt



Eine Familie aus Nürnberg starb 1519 an der Pest. Zürich, ZB, Handschriftenabteilung, Ms F 24, S. 304.

aufgehängt. Auch die Fürstabtei wurde informiert und aufgefordert, an ihren Grenzen dieselben Massnahmen zu verhängen. Im November erinnerten die Kaufleute den Rat proaktiv an eine weitere Vorsichtsmassnahme, um den Handel mit Italien nicht zu gefährden: Briefe, die aus infizierten oder verdächtigen Orten in St. Gallen eintrafen, sollten ausgeräuchert werden. Zudem solle der Rat brieflich die Städte Nürnberg, Ulm und Lindau an diese Praxis erinnern. Im Dezember schliesslich teilte der Rat den Kaufleuten mit, dass ihnen ab sofort die Korrespondenz mit Personen und Firmen aus infizierten Orten verboten werde.

Wirksame, aber teure Massnahmen

Die einschränkenden Massnahmen, die vor allem von Mailand gefordert und gesteuert wurden, scheinen ihr Ziel nicht verfehlt zu haben. Der letzte schweizerische Pestzug zog in den Jahren 1665 bis 1670 durch das Land. Im Jahr 1680 konnte die Pest von der Eidgenossenschaft und St. Gallen ferngehalten werden. Im Dezember gaben die St. Galler Kaufleute ihrer Hoffnung in einem Brief nach Mailand Ausdruck, dass der Umgang mit Federn sich nach dem Rückgang der Seuche wieder normalisiere – der grossen Unkosten wegen.



Videorückblick zur
Bierlieferung [www.ihk.ch/
ihk-jubiläumsbier](http://www.ihk.ch/ihk-jubiläumsbier)

555 Jahre IHK. Anlässlich ihres Jubiläums lud die IHK am 15. August zu einem Medien-Stadtrundgang. In Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv der Ortsbürgergemeinde St.Gallen bot sie eine Tour d'Horizon durch ihre 555-jährige Geschichte. Die Ursprünge des bedeutendsten Ostschweizer Wirtschaftsverbands lassen sich bis zum 15. August 1466 zurückverfolgen. In ihrer bewegten Geschichte trugen die IHK respektive ihre Vorgängerorganisationen wesentlich zur Entwicklung der Region bei: Sie unterhielten einen weitreichenden Post- und Kurierdienst, etablierten die Telegrafie hierzulande, begründeten mehrere Bildungsinstitutionen mit (darunter die heutige Universität St.Gallen) und trugen aktiv zum Ausbau des Eisenbahnnetzes bei. Über all die Jahre geblieben ist der Einsatz für den Aussenhandel.

Kurz vor dem Medienanlass lieferte die Brauerei Schützengarten stilgerecht das IHK-Festbier «555er» mit einem Saurer-Oldtimer Baujahr 1917.

Jan Riss, wissenschaftlicher Mitarbeiter IHK



Video zum Medien-Stadtrundgang
www.ihk.ch/impressionen-medien-stadtrundgang-555-jahre-ihk



Der Arbeitgeberverband Rheintal – Klaus Brammertz

«Arbeitgeberverbände spielen eine zunehmend wichtigere Rolle»

Er präsidiert den mitgliederstärksten regionalen Arbeitgeberverband der Ostschweiz. «Arbeitgeberverbände spielen eine zunehmend wichtigere Rolle», sagt Klaus Brammertz. Seit April lenkt er die Geschicke des AGV Rheintal. Der Verband vertritt seit 1936 die Interessen der Unternehmen in der Export-Hochburg. Heute zählt der Verband knapp 500 Mitglieder mit über 20'000 Mitarbeitenden.

Herr Brammertz, mit 63 geben Sie den Chefessel bei der Bauwerk Group nach zwölf Jahren ab. Starten Sie jetzt mit dem AGV Rheintal durch?

Ja. Ich hatte die einmalige Chance, direkt in den Verwaltungsrat zu wechseln. Das ist eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. So konnten die Übergabe und der Know-how-Transfer sichergestellt werden. Das führt zu Sicherheit und Beständigkeit. Mit meinen 10 Jahren Erfahrung im Vorstand gilt dasselbe auch für den AGV Rheintal.

Wo engagiert sich der AGV Rheintal?

Wir fokussieren uns auf drei Bereiche: Unterstützung der Mitglieder in der neuen Realität nach Corona, Bewältigung des Fachkräftemangels und wir bieten Hand bei der Digitalisierung. Zurzeit beschäftigt uns aber das Thema Energie, das wir zusammen mit der IHK eng verfolgen: Eine Kontingentierung hätte verheerende Auswirkungen. Aber auch beim Fachkräftemangel herrscht akute Not: Allein im Rheintal sind noch 2'500 Stellen offen.

Als Grenzregion ist das Rheintal besonders auf ein stabiles Verhältnis zum Ausland angewiesen. Bereitet Ihnen die aktuelle Entwicklung Bauchweh?

Natürlich lässt uns das nicht kalt. Unsere Region ist sehr exportabhängig und unsere grösste Kundin ist die EU. Wir bedauern, dass das Rahmenabkommen gescheitert ist. Wir hoffen aber, dass Frau Leu ihre Arbeit macht und das Dossier nicht einfach liegen bleibt. Nur fehlen uns leider die Belege dafür. Das führt bei uns zu grosser Unsicherheit.



Von links nach rechts: Patrick Berhalter, Klaus Brammertz (Präsident), Matthias Hutter, Jürg Dietsche, Maurus Oehler, Katherine Broder, Claude Stadler, Vera Cermak, Thomas Bolt (Geschäftsführer). Nicht auf dem Foto: Bettina Fleisch.

Spielen regionale Arbeitgeberverbände in der heutigen Welt überhaupt noch eine Rolle?

Ja, sogar eine zunehmend wichtigere! Leute wollen sich bei Sorgen vernetzen und austauschen. Sie wollen wissen, wem es ähnlich geht und wen sie anrufen können. Netzwerken, Ermöglichen und Verstärken sind unsere Hauptaufgaben. Wir veranstalten deshalb im Schnitt rund eine themenspezifische Veranstaltung pro Monat.

Ihre Vorgängerin forderte mehr politisches Engagement von Wirtschaftsvertretern. Zu Recht?

Zu 100 Prozent. Es ist eine zunehmende Politikmüdigkeit feststellbar. Es wird immer schwieriger, gute Köpfe in der Politik zu finden, von der Gemeinde bis zur nationalen Politik. Ehrenamtliches Engagement ist in einem Milizsystem unentbehrlich – damit beginnt alles.

Die Leute sind aber je länger, je weniger bereit, die Zeit, die zu solchen Ämtern gehört, zu investieren. Es fehlt an Idealismus und Zielorientierung.

Welche Vision haben Sie für den AGV Rheintal?

Der AGV Rheintal soll ein Must-Be werden. Wir arbeiten daran, dass wir auch noch die andere Hälfte der Rheintaler Unternehmen für uns begeistern können und sie bald zu unseren Mitgliedern zählen wollen.

Arbeitgeberverbände

In einer Serie porträtieren wir die Arbeitgeberverbände unseres Kammergebiets. Als regional verankerte Organisationen schlagen sie die Brücke zwischen den sehr vielfältigen Wirtschaftsregionen und der IHK St.Gallen-Appenzell.

Energie – teuer, unsicher und umweltschädigend?

Das Thema Energiekrise ist täglich in den Medien und führt auch in der Industrie zu Unsicherheiten und vielen Fragen. Die Instaplan AG, das führende Dienstleistungsunternehmen im Bereich Energie- und Gebäudetechnik, unterstützt schweizweit Industrieunternehmen und ist aktuell bei all ihren Kunden ein wichtiger Gesprächspartner. So auch beim Bernecker Unternehmen Oertli Instrumente AG. Der Co-CEO Christoph Bosshard ist froh, auch in der jetzigen Situation auf den langjährigen Partner zählen zu können.

Die aktuelle Situation auf dem Energiemarkt hat sicherlich auch einen wesentlichen Einfluss auf die Oertli Instrumente AG?

Christoph Bosshard: Ja natürlich. Die Preise steigen rasant an und nun kommt auch die Unsicherheit hinzu. Uns ist die Energieeffizienz schon lange ein wichtiges Anliegen, und wir sind froh, dass wir bereits früh in Effizienzprojekte investiert haben. Mit der Instaplan AG haben wir seit vielen Jahren einen kompetenten Partner rund um das Thema Energie und Infrastrukturtechnik und wissen uns so in guten Händen.

Instaplan AG auf einen Blick

Gründung: 1970 – 100% Industriepanung seit dem Jahr 2000

Rechtsform: Aktiengesellschaft, unabhängig und inhabergeführt

Geschäftsleitung: Stephan Zbinden, Andrea Willi, Simon Steiner, Pirmin Kurath, Ralf Engler

Personalbestand: 42 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Standorte: Oberbüren SG, Lachen SZ

Mandat: Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW)

Kunden: Industriebetriebe aus allen Branchen



instaplan
beraten planen betreuen

Mit der Instaplan AG haben wir seit vielen Jahren einen kompetenten Partner ...

Christoph Bosshard,
Co-CEO der Oertli Instrumente AG

Wie bereiten Sie sich auf eine mögliche Mangellage im kommenden Winter vor?

Christoph Bosshard: Auch wir haben Respekt vor einer Mangellage. Konkrete Massnahmenpläne sind in Erarbeitung. Wir bereiten z.B. den Einsatz eines mobilen Notstromaggregats vor. Bei Stromunterbrüchen von bis zu vier Stunden, was wir als ein mögliches Szenario einschätzen, können wir mit dieser Anlage die für unsere Produktion so wichtigen Reinraumbedingungen aufrechterhalten. Zudem haben wir bei der Wärmeerzeugung die Wahl zwischen den installierten Abwärme-Wärmepumpen und Erdgas. Das gibt uns eine gewisse Flexibilität. Es ist gut möglich, dass wir in der Schweiz bald näher zusammenrücken müssen. Da ist es für uns selbstverständlich, unseren Beitrag zu leisten und weitere Sparmassnahmen bei Oertli zu prüfen.

Die Oertli Instrumente setzt auf alle drei Geschäftsbereiche der Instaplan AG. Was ist ihr konkreter Nutzen?

Christoph Bosshard: Die Themen rund um Energieversorgung und effiziente Energienutzung

sind sehr vielfältig. Da ist ein kompetenter Partner mit Industrierwissen von grosser Bedeutung. Instaplan bietet uns eine umfassende Betreuung, nimmt viel Arbeit ab und überzeugt mit ihrer ganzheitlichen Sicht und ihrem Know-how. Instaplan erarbeitet mit uns Strategien für bestehende und neue Gebäudetechnik, die wir Schritt für Schritt umsetzen können.

Aktuell scheinen komplexe Aufgaben zu lösen zu sein?

Ralf Engler: In der Tat ist die aktuelle Situation auch für uns herausfordernd. Dank unserem grossen Know-how sind wir aber gut aufgestellt und können unsere Kunden auch in dieser Zeit passend beraten.

Was aber generell gilt – die Zeit für Effizienzmassnahmen ist da. Wenn nicht jetzt, wann dann?! Es wird längerfristig für die Unternehmen von grosser Wichtigkeit sein, die Betriebskosten tief halten zu können. Da macht es Sinn, die Aufgaben rasch zu machen.



IHK-Neumitglied

Edorex AG

Die Firma Edorex AG begleitet ihre Kundinnen und Kunden seit über 30 Jahren in der Digitalisierung ihrer Bedürfnisse. Sie beschäftigt über 60 Mitarbeitende und ist in den Bereichen Design Thinking, agile Softwareentwicklung, User Experience Design und Datenbanken tätig. Entwickelt wird ausschliesslich in der Schweiz. Zu den Kunden zählen namhafte Schweizer Firmen und die öffentliche Verwaltung. Die Edorex AG ist seit einem Jahr auch mit einer Filiale in St.Gallen vertreten.

Das Kerngeschäft ist die Softwareentwicklung, wo das Angebot von der Ermittlung der Bedürfnisse über die Prüfung der Idee und die

Lösungsentwicklung bis zum Betrieb reicht. Dabei setzt die Edorex AG auf Methoden wie Design Thinking, Design Sprints, Prototyping oder MVPs. Entwickelt wird bevorzugt nach dem agilen Framework SCRUM. Mit diesem Vorgehen

wird sichergestellt, dass die entwickelten Softwarelösungen einen möglichst guten/grossen Nutzen und Mehrwert bieten.

Neben der Softwareentwicklung unterstützt und berät die Edorex AG ihre Kunden im Datenbankbereich in Fragen zu Oracle, MS SQL Server und Cloud-Services.



Möchten Sie noch mehr über Edorex erfahren? Wir haben bei



Robert Benetik,
CEO, nachgefragt.
[www.ihk.ch/
neumitglied-edorex](http://www.ihk.ch/neumitglied-edorex)



Neue Mitglieder der IHK

Wir freuen uns, dass wiederum viele neue Mitglieder unserer Organisation beigetreten sind, und heissen diese herzlich willkommen:

Albers Hörinstitut AG; Hörsystemeversorgung

Altenrhein Luftfahrt GmbH; Holdingmitglied der People's Holding AG; Luftfahrt

ARTARIS Advokatur AG; Holdingmitglied der Willy Ackermann Holding AG; Rechtsdienstleistungen im In- und Ausland

ASSO PERSONAL AG; Personalvermittlung

Barbara Senn; Rechtsanwältin

Dolder Wärmetechnik AG; Herstellung von Wärmepumpenanlagen

ECHOS AG; Entwicklung und Betrieb von Gastronomie- und Veranstaltungsprojekten

E-Druck AG PrePress & Print; Digital- und Offset-Druck

Egiteam GmbH; Verwaltung und Veräusserung von Immobilien und Beteiligungen

Folix AG; Herstellung und Montage von Beschriftungen, Signalektik, Leuchtwerbung

Foran GmbH; Führungs- und Organisationsentwicklung

Golfyr AG; Verkauf und Entwicklung von Golfschlägern

HOAG Immobilien AG; Vermittlung und Verwaltung von Immobilien

Hostpoint AG; Webhosting-Dienstleistungen

Mettler2Invest AG; Immobilienentwicklung

IEB Swiss AG; Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben

IMT Armaturen AG; Grosshandel mit Installationsbedarf

Insel auf Rädern GmbH; Vermietung von Wohnwagen

Kalt Maschinenbau AG; Maschinenbau Food Tech

Kanaltec AG; Kanalsanierung/TV

Kibernetik Montagen AG; Planung und Montagearbeiten im Baubereich

Kühnis Eventtechnik; Eventtechnik

Lenorplastics Service AG; Handel und Produktion von Plastikteilen

Mineralheilbad St. Margrethen Betriebs AG; Betrieb des Mineralheilbads St. Margrethen

Rechenzentrum Ostschweiz AG; Betreiben von Rechenzentren

Restaurant Roter Platz; Restaurant, Catering

Sana Medical Group GmbH; Handel mit kosmetischen Geräten

SKAT Consulting AG; Consultancy work in humanitarian aid

Swiss Embroidery Solutions AG; Holdingmitglied der Lässer AG; Hersteller von Stickmaschinen

TGG Visuelle Kommunikation; Agentur für Typografie und Schrift

UBM Bischofberger GmbH; LKW-Kranarbeiten

Weber Bekleidung AG; Detailhandel Mode

Wecotech AG; Herstellung von Rohrenden-Umformmaschinen

Zaunteam Toggenburg AG; Handel und Montage von Zaun- und Torsystemen

Startfeld wird Teil des Switzerland Innovation Park Ost

Am 15. Juni 2022 stimmten die jeweiligen Gremien der Fusion zwischen dem Switzerland Innovation Park Ost und Startfeld zu. Die Ostschweizer Start-up-Förderung Startfeld unterstützt Gründerinnen und Gründer bereits seit über zehn Jahren. Seit der Gründung von Startfeld im Jahr 2010 wurden über 900 Arbeitsplätze geschaffen und Investitionen von über 100 Millionen Franken ausgelöst. Der Switzerland Innovation Park Ost (SIP Ost) fördert die Zusammenarbeit von Unternehmen, Start-ups und

Hochschulen, um Lösungen für drängende globale Herausforderungen zu finden. Die enge Zusammenarbeit der beiden Organisationen mit Institutionen wie der Empa, der Universität St.Gallen und der Fachhochschule Ost verbindet Startfeld und den Switzerland Innovation Park (SIP) Ost schon von Beginn an. Die Fusion ermöglicht es Startfeld, seinen Wirkungsbereich zu erweitern, und dem jungen Innovationspark, von etablierten Angeboten des Start-up-Förderers zu profitieren. Roland Ledergerber, Präsident des SIP-Ost-Verwaltungsrats und IHK-Vorstandspräsident, sieht in der Fusion die Möglichkeit, auf den Erfolgen des Startfelds aufzubauen. Startfeld sowie der Switzerland Innovation Park Ost sind zwei zentrale Schlüsselprojekte der IHK-Zukunftsaenda.



Stadler Rail feiert 80-Jahr-Bestehen im neuen Werk

Stadler Rail wird 80 Jahre alt. Zu diesem Anlass präsentiert das Unternehmen auch erstmals das neue Werk in St.Margrethen der Öffentlichkeit. Zwei Jahre musste das Unternehmen pandemiebedingt dafür warten. Beim neuen Werk handelt es sich um ein Kompetenzzentrum für Doppelstocktriebzüge. Es ist heute die modernste Fertigungsstätte für Schienenfahrzeuge in Europa. Das Unternehmen mit Hauptsitz in Bussnang ist weltweit führender Hersteller von Zahnradfahrzeugen.

Berhalter ausgezeichnet

Berhalter stellt seit mehr als 60 Jahren Stanzwerkzeuge für eine nachhaltige Verpackungslösung im Lebensmittel-, Getränke-, Tierpflege- und Pharmamarkt her. Die breite Palette an Technologien ermöglicht es dem Unternehmen, sich den Produktionsanforderungen jedes Kunden anzupassen. Auch im Bereich Robotik bietet Berhalter seinen Kunden mit den selbst entwickelten intelligenten Kunden mit den selbst entwickelten intelligenten BEAMstack-Verpackungsrobotern modernste Technologie. Das Unternehmen mit Sitz in Widnau wurde jüngst für seine innovativen Ideen als Top Industrial IoT Solution Provider in Europe 2021 ausgezeichnet.

Gebrüder Weiss setzt auf die Neue Seidenstrasse

Gebrüder Weiss bietet Service in Lkw- und Bahnverkehr, Luft- und Seefracht. Nun plant das Logistikunternehmen mit Hauptsitz in Vorarlberg als Reaktion auf die gestiegene Nachfrage einen Ausbau seines Transportaufkommens auf dem mittleren Korridor der Neuen Seidenstrasse. Diese führt durch die Türkei, Georgien, Aserbaidschan und Kasachstan nach China. Die Nachfrage ist in den letzten Monaten gestiegen, besonders durch die Öffnung der chinesischen Grenzen im Zuge der Corona-Lockerungen. Gebrüder Weiss verfügt über mehrere eigene Standorte entlang der Handelsroute. Weltweit hat Gebrüder Weiss 180 Standorte und beschäftigt rund 8'000 Mitarbeitende.



Schmobis neue KI-Mitarbeiterin Kim

Das Grosshandelsunternehmen Schmobi aus Bronschhofen hat eine neue, künstlich intelligente Mitarbeiterin: Kim. Kim bearbeitet automatisiert die eingehenden Bestellungen. Dadurch entfällt fehleranfälliges Abtippen von Bestelldaten vollständig. Die Verkaufsmitarbeitenden gewinnen durch die Unterstützung von Kim Zeit, die sie den Kunden widmen können. Im Gegensatz zu herkömmlichen Texterkennungssystemen muss Kim nicht angepasst werden, wenn sich ein Dokumentenlayout ändert, denn sie kann dank ihrer neuronalen Netze auch neue Dokumente verstehen. Entwickelt wurde Kim von der BLP-Digital A, einem Spin-off der HSG und der ETH. Kim ist weltweit die erste solche Lösung, die speziell für das Stahlwesen entwickelt wurde.

Neuer Informatikstandort der HSG in Vorarlberg

Die Universität St.Gallen und das Land Vorarlberg sind zusammen mit der illwerke vkw AG eine Partnerschaft für Zukunftstechnologien eingegangen. Zur Vereinbarung gehört auch der geplante Bau des Campus-V in Dornbirn, auf dem ein HSG-Informatikinstitut entsteht, das zwei Assistenzprofessuren im Bereich «Big Data Infrastructures» und «Embedded Sensing Systems» umfassen soll. Geplant sind insbesondere Arbeiten zum Thema Energieautonomie, die für die illwerke vkw AG von grossem Interesse sind. Die illwerke vkw AG baut moderne Pumpspeicherkraftwerke, entwickelt Infrastruktur für E-Autos, betreibt leistungsfähige Energienetze und engagiert sich für die Digitalisierung. Das Land Vorarlberg wird das Institut mit 10 Millionen Euro über zehn Jahre finanziell unterstützen. Die Kooperation ist ein wichtiger Schritt für die grenzüberschreitende Verankerung der HSG und den Wissenstransfer in die Region.



Die Caos AG

Die Caos AG aus St.Gallen (gegründet 2019) hat zur Weiterentwicklung ihrer Identitätsmanagement-Plattform Zitadel eine Seed-Finanzierung in Höhe von 2,5 Millionen Dollar erhalten. Die Anschubfinanzierung soll Zitadel dabei helfen, Entwicklern eine Open-Source-Alternative für ihre Identitätsmanagement-Bedürfnisse zur Verfügung zu stellen. «Inmitten der komplexen Softwareprojekte von heute bietet Zitadel eine schlüsselfertige Lösung, die es Entwicklern ermöglicht, mit einem sicheren Login, einer Benutzerverwaltung, einer Multi-Faktor-Authentifizierung, Social Logins, einem Autorisierungsmanagement und grossartigen APIs (Application Programming Interfaces) einfach zu starten», sagt Caos-CEO Florian Forster.



Aluweg wird 50

Die Aluweg AG feiert ihr 50-Jahr-Jubiläum. Seit ihrer Gründung im Jahr 1971 produziert das St.Galler Unternehmen mit Sitz in Niederbüren Druckgusslösungen. Das Familienunternehmen in zweiter Generation überzeugt durch sein Fachwissen in Metallurgie, Engineering und Fertigung sowie internationale Kunden in den Branchen Automotive und Industrie. Aluweg hebt sich auch durch Komplettlösungen von der Konkurrenz ab. Im Fokus steht dabei die Zusammenarbeit mit dem Kunden von der Planung bis zur Fertigstellung einer individuell angepassten, komplett einbaufähigen Baugruppe. Von ihrer Kompetenz konnte die Aluweg auch das EU-Programm für Forschung und Innovation überzeugen und ist nun an zwei «Horizon»-Projekten beteiligt.

Impressum

IHKfacts – Das Wirtschaftsmagazin

Herausgeberin: Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell, Gallusstrasse 16, 9001 St.Gallen, Telefon 071 224 10 10, info@ihk.ch, www.ihk.ch

Redaktionsleitung: Alessandro Sgro, Chefökonom, IHK St.Gallen-Appenzell

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe: Cristina Baratto, Georges Baur, Markus Bänziger, Laura Eggenberger, Michael Götte, Jakob Kellenberger, Silvan Künzle, Lorenz Lipp, Patrick Louis, Jan Riss, Adrian Rossi, Annina Schmid, Alessandro Sgro, Richard Specker, Jörg Spicker, Nicole Stadelmann, Oliver Wick

Titelbild: IHK Business Outlook, Marlies Thurnherr

Anzeigenverkauf: Martin Schwizer, Neocomm GmbH, Telefon 058 101 10 00, martin.schwizer@neocomm.ch

Lektorat: Roger Gaston Sutter, roger_sutter@yahoo.de

Gestaltung und Druck: Galledia Print AG, Burgauerstrasse 50, 9230 Flawil, www.galledia.ch

Druckauflage: 9'000 Exemplare

Erscheinungsweise: 4-mal jährlich

Redaktionsschluss: 2. September 2022



Datum	Veranstaltungsreihe	Veranstaltung	Ort	Zeit
SEPTEMBER 2022				
21.09.	Allgemeine IHK-Veranstaltung	Touchpoint IHK: Generationen-Dialog	IHK St.Gallen-Appenzell	18.00–20.00
23.09.	IHK Patronat	21. Ostschweizer Technologiesymposium OTS	Olma-Halle 2.1	ab 17.00
26.09.	IHK Patronat	WTT Young Leader Award	Tonhalle, St.Gallen	17.00–19.30
27.09.	IHK Merchants Club	Business Lunch: ässe & schwätze	IHK St.Gallen-Appenzell	12.00–13.30
29.09.	IHK Academy	Exportseminar: EU-Verzollung	IHK St.Gallen-Appenzell	08.30–12.00
29.09.	IHK Patronat	Ostschweizer Digitaltag	Hauptbahnhof St.Gallen	10.00–20.00
OKTOBER 2022				
06.10.	IHKtalk@HSG	Ostschweizer Unternehmer/-innen im Gespräch über aktuelle wirtschaftspolitische, ökonomische und gesellschaftliche Fragestellungen	Digital	13.00
26.10.	IHK Merchants Club	Business Lunch: Women Only mit Katharina Lehmann	IHK St.Gallen-Appenzell	12.00–13.30
27.10.	IHK Academy	Exportseminar: Speditions- und Exportabwicklung	IHK St.Gallen-Appenzell	08.30–16.30
28.10.	IHK Patronat	KMU-Tag	Olma-Halle 9	09.00–17.00
29.10.	IHK Academy	Start Diplomlehrgang: Aussenhandelsfachmann/-frau SSIB	IHK St.Gallen-Appenzell	ganztags
NOVEMBER 2022				
03.11.	IHKtalk@HSG	Ostschweizer Unternehmer/-innen im Gespräch über aktuelle wirtschaftspolitische, ökonomische und gesellschaftliche Fragestellungen	Digital	13.00
17.11.	IHK Academy	Exportseminar: Freihandelsabkommen	IHK St.Gallen-Appenzell	08.30–16.30
21.11.	Allgemeine IHK-Veranstaltung	Zukunft Ostschweiz: Das Konjunkturforum der IHK St.Gallen-Appenzell und der St.Galler Kantonalbank	Olma Messen St.Gallen	17.00–19.30
22.11.	IHK Academy	Exportseminar: Ursprungszeugnisse	IHK St.Gallen-Appenzell	08.30–12.00
29.11.	IHK Merchants Club	Business Lunch: ässe & schwätze	IHK St.Gallen-Appenzell	12.00–13.30
DEZEMBER 2022				
01.12.	IHKtalk@HSG	Ostschweizer Unternehmer/-innen im Gespräch über aktuelle wirtschaftspolitische, ökonomische und gesellschaftliche Fragestellungen	Digital	13.00

VORANKÜNDIGUNG

16.05.	EcoOst St.Gallen Symposium	Lokremise St.Gallen	17.00–19.30
21.06.	Generalversammlung IHK	Region Appenzell Ausserrhoden	14.00–21.00
20.11.	Zukunft Ostschweiz 2023	Olma Messen St.Gallen	17.00–19.30



Die aktuellsten Informationen zu den Veranstaltungen sowie die Anmeldung finden Sie unter www.ihk.ch/veranstaltungen.

Weniger ist mehr: Das gilt bei uns nur für die Kosten.

Weil gemeinsam besser ist.

Die Asga ist eine Genossenschaft. Das bedeutet, dass wir nur Ihren Gewinn zum Ziel haben. Dies erreichen wir auch, indem wir zu den Pensionskassen mit den tiefsten Verwaltungskosten gehören.

Erfahren Sie mehr über die Vorteile unserer genossenschaftlich organisierten Pensionskasse.
www.asga.ch

 **asga**
pensionskasse

Wir gehören zum
Kreis der TOP Steuer-
experten & Treuhänder!
Verlangen Sie eine
unverbindliche Offerte.



PROVIDA



■ Unternehmensberatung ■ Steuern & Recht
■ Wirtschaftsprüfung ■ Treuhand



Wir beraten Sie ganzheitlich und decken das gesamte Spektrum von Unternehmens-, Steuer- und Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung und Treuhandwesen kompetent ab.

Romanshorn · Frauenfeld · Fribourg · Rorschach · St.Gallen · Zürich – T +41 71 466 71 71 · info@provida.ch · **provida.ch**



THE NEW 3

TOURING



Sepp Fässler AG
Appenzell | Wil
faessler-garage.ch

Alpina Group AG
St. Gallen | Widnau | Chur
alpinagroup.ch